

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 7 vom 17. Februar 1984

18. Jahrgang

1 DM

Wenn einer eine Reise tut...

Dann kann er was erzählen oder auch still sein. Ganz still. So wie Herr Ziesel bei seinem jüngsten Israel-Trip. Eigentlich sollte das gar nicht bekannt werden, daß er da war.

Es wurde aber bekannt und es schlug Wellen. Denn weder ist dieser Herr Ziesel irgendjemand, noch war seine Reise eine x-beliebige, noch seine Reisebegleitung, bzw. die Herrschaft, die er begleitete.

Er fuhr im Troß des Kanzlers Kohl nach Israel. Er ist Chef beim berühmten "Deutschland-Magazin". Und er war früher bei einer größeren Zeitung. Beim "Völkischen Beobachter" nämlich, einem der vielen antijüdischen Nazi-Hetzblätter.

Daß so ein Typ mit einer offiziellen BRD-Delegation nach Israel fahren darf, daß ist schon nicht mehr mit Dummheit oder Ungeschicklichkeit zu begründen, sondern ausschließlich mit Frechheit. Daß es da manche heftige Aufregung in Israel gab, erscheint mehr als nur verständlich. Weniger verständlich ist es, wenn als Entschuldigung von Seiten des Bundeskanzleramtes dann blauäugig gesagt wurde, es gäbe keinen Grund zur Aufregung, Ziesel sei ganz normal unter den sich bewerbenden Journalisten ausgelost worden, wie andere auch. Der Knackpunkt liegt doch darin, daß Herr Ziesel höchstens in den Augen des Kanzlers und seiner Mannen ein Journalist ist, wie andere auch. Daß er aber in den Augen nicht nur der bundesdeutschen demokratischen Öffentlichkeit eben in erster Linie ein alter Nazihetzer ist, der sich auf die Zeichen der Zeit eingestellt hat.

Wobei hinzuzufügen ist, daß sicherlich so ein Vorgehen kein Zufall ist in einer Zeit, da ZDF-Löwenthal faktisch zum Fernsehsprecher der Regierung geworden ist, zu einer Zeit, da man sich schon ganz genau daran erinnern muß, wann im Fernsehen das letzte Mal beispielsweise ein Gewerkschafter aufgetaucht ist, der für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geredet hat und ähnliches mehr.

Dieser Kanzler organisiert seine Wende im "geistig-moralischen" Bereich doch eben mit Männern dieses Ziesel-Schlages.

Aktivitäten für das Jahr 1984 beschlossen

Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 11./12.2.'84

Zum Teil weit über 1000 Teilnehmer hatte die Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 11./12.2.'84 in Köln. Ein Teil der Konferenz war der Diskussion über die weitere Perspektive der Friedensbewegung gewidmet. Ein Teil der Diskussion über weitere Aktivitäten im Jahr 1984 — vor allem über die Durchführung einer Volksbefragung am 17. Juni.

Die Konferenz begann mit einer Grundsatzdebatte über Aufgaben und Perspektiven der Friedensbewegung,

eingeleitet durch Kurzreferate von Vertretern von fünf im Koordinierungsausschuß beteiligten politischen Strömungen (Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen, Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammen-



arbeit, Aktion Sühnezeichen, Grüne und Jungsozialisten). Hauptfrage dabei war, ob die Friedensbewegung sich weiter mit dem bisherigen Minimalkonsens — den Kampf gegen die amerikanischen Mittelstreckenraketen — begnügen kann oder nicht.

Unstrittig war dabei, daß die Friedensbewegung sich stärker mit dem bisherigen Minimalkonsens — den Kampf gegen die amerikanischen Mittelstreckenraketen — begnügen kann oder nicht.

Unstrittig war dabei, daß die Friedensbewegung sich stärker mit dem bisherigen Minimalkonsens — den Kampf gegen die amerikanischen Mittelstreckenraketen — begnügen kann oder nicht.

Gemayels Herrschaft schwer erschüttert

Nach dem Rücktritt der "Regierung" Wazzan im Libanon ist nun auch die Herrschaft Gemayels und damit der reichen maronitischen Oberschicht im Lande ins Wanken gekommen. Die öffentlichen Debatten darüber, er werde einen neuen historischen Vertrag vorschlagen sowie die Spekulationen um eine Widerrufung des Vertrages mit Israel vom Mai 83 zeigen dies in aller Deutlichkeit.

Denn, zusammen mit der Präsenz amerikanischer Truppen im Libanon, die spätestens seit September letzten Jahres ihre scheinbar neutrale Haltung aufgegeben hatten, waren diese beiden Tatsachen die Grundlage von Gemayels Herrschaft. Der Vertrag mit Israel, der ihn zu einem in gewissem Maße abhängigen Partner machte (und die "amerikanische Karte" war von Gemayel selbst zumindest zum Teil als ein Ersatz dafür gedacht, als ein Schritt selbst Juniorpartner der USA zu werden) schrieb

im letzten Mai die Einflußnahme Tel Avivs auf die libanesischen Politik fest.

Der Gruppenvertrag selbst ist so alt wie der Staat Libanon. Die Macht im Staates soll demnach entsprechend den Bevölkerungsanteilen proportional aufgeteilt werden. Was in zweierlei Hinsicht längst überholt ist.

Zum einen haben die Maroniten, die die Finanzbourgeoisie dieses einst größten Bankplatzes des Nahen Ostens stellten, schon längst die gesamte

Berichte über die Vorbereitung der Betriebsratswahlen Seite 4

Eine neue Partei der Rechten: Die Republikaner Seite 9/10

Aktionskonferenz des „Frankfurter Appell“ Seite 6

Diese Woche

Flick-Untersuchungsausschuß

Die Geisteshaltung des Industriellen

Mit dem Ex-Flick-Gesellschafter v. Brauchitsch, Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, seinem Vorgänger und jetzigem Dresdner-Bank-Chef Hans Friderichs sind ausgesprochene Rädelsführer der Bonner Schmiergeldszene im Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages aufgetreten.

Nein, als Angeklagte sind sie alle nicht erschienen. Das war ja noch schöner. Selbstverständlich treten sie als Ankläger auf: unschuldig verdächtig, gnadenlos vorverurteilt, von der staatsanwältlichen Vereinigung terrorisiert.

Dabei wäre die Wahrheit doch so einfach zu ermitteln. Der ehemalige Flick-General sagt, er hätte nichts gezahlt. Lambsdorff und Friderichs sagen, sie hätten nichts bekommen. Na also.

Natürlich gab's die Steuerbefreiung für Flick. Na und? „Ein unbestreitbarer Rechtsanspruch“, urteilt von Brauchitsch. Natürlich gab es aus der SPD vereinzelt Widerstand dagegen. „Ganz grob rechtswidrig“, meint v. Brauchitsch.

Natürlich wurden so vielfältige Einflüsse des Flick-Konzerns in Bonn notwendig, um dem „unbestreitbaren Rechtsanspruch“ zum Sieg zu verhelfen. „Legitimer Akt der Notwehr“, findet v. Brauchitsch.

Bestochen jedenfalls hat v. Brauchitsch keinen Amtsträger. Im allgemeinen jedenfalls nicht, im Einzelfall berief er sich auf sein Zeugnisverweigerungsrecht. Doch da gab's einen in Bonn, der habe sich die Bereitschaft, sich für die Steuerbefreiungsanträge Flicks zu verwen-

den, tatsächlich reichlich bezahlen lassen. Herr v. Brauchitsch erinnert sich offenkundig nicht ohne Verachtung. Nein, natürlich nicht die Herren Lambsdorff und Friderichs. Ein Sozialdemokrat, na also, war's: Alfred Nau, ehemaliger Schatzmeister der SPD und 1983 verstorben.

Es gibt ein Ausmaß von Dreistigkeit, das einem die Sprache verschlägt. Ein berühmter Filmregisseur hat der Bourgeoisie einen „diskreten Charme“ angedichtet. Davon kann keine Rede sein: sie ist frech, dreist, unverschämte. Die Sozialdemokraten jammern, sie würden das Andenken Naus verteidigen usw. Als ob es darum ginge. Völlig unangemessen. Angemessen wäre allenfalls Börsens Dachlatte. Aber der pflegt sie ja nicht gegen die herrschende Klasse zu erheben.

Daß er herrschende Klasse ist — daran mag Eberhard von Brauchitsch Zweifel erst gar nicht aufkommen lassen. Industrieller sei er. Das sei weniger eine Berufsbezeichnung, eigentlich mehr eine Geisteshaltung. Man ahnt es schon: mit der Geisteshaltung des Industriellen hat's eine ähnliche Bewandnis wie mit dem Ehrenwort des Generals. Eher noch schlimmer. Ganz bestimmt sogar.

BRD-Waffenhandel soll ausgeweitet werden

Panzer für Ägypten?

Auf Wunsch der ägyptischen Regierung, so lautete die lakonische Mitteilung, prüfe Krauss-Maffei die Möglichkeiten, einen Kampfpanzer für die ägyptische Armee herzustellen. Nach der langen Debatte um den „Leopard“ für Saudi-Arabien, der Mitfinanzierung der US-Truppen in Beirut, der jahrelangen Hilfeeinstellungen an das bankrotte Israel nun also ein weiterer Punkt, an dem sich die Bundesrepublik in das Geschehen am Brennpunkt Nahost einmischt.

Längst ist in der Praxis die einst wenigstens auf dem Papier vorhandene Beschränkung des Waffenhandels auch öffentlich aufgegeben worden — die nahezu selbstverständliche Art, wie dieses neue mögliche „Ägyptengeschäft“ angekündigt wurde, zeugt ein weiteres Mal davon.

Daß die bundesdeutschen Monopole diese Beschränkung auch schon früher unter Kenntnis der Ministerien umgangen hatten, ist spätestens seit dem Bestechungsfall „Rheinmetall“ bekannt geworden.

Jetzt gibt es offensichtlich nichts mehr zu umgehen, sondern nur noch zu „handeln“. Ein neues „Geschäft“ nach dem anderen wird getätigt. So als ob es ganz normal wäre, mit Waffen zu handeln.

Wer aber Waffen in ein bestimmtes Gebiet verkauft, der mischt sich in die dortigen Verhältnisse ein — und das ist ja denn auch Absicht, die hinter dieser „Lockerung“ steht, größere Einflußnahme und bessere Geschäfte gehen da in eins.

Die vielfältigen westdeutschen Einmischungen im Nahen Osten werden so durch eine weitere ergänzt — natürlich stets auf der Seite derer, die sich erkenntlich zeigen, und von einem Hosni Mubarak, der die Marionettenpolitik des von der NATO so sehr betrauten Sadat fortsetzt, darf man eine solche Erkenntlichkeit allemal erwarten. Und wenn mit bundesdeutschen Waffen Kriege angezettelt werden: Diese Regierung wird es noch weniger kümmern als ihre Vorgängerin.

„Moderne Wirtschaftspolitik“ in letzter Konsequenz

Seit fünf Monaten ohne Lohn!

80 Beschäftigte der Firmenfamilie Kraft in Olpe haben noch fünf Monatslöhne von „ihrem“ Unternehmer zu bekommen. Im Laufe eines einzigen Jahres geriet die Firma mit der Lohnzahlung fast um ein halbes Jahr in Rückstand. Wer jetzt seinen Lohn fordert — und einzelne Kollegen haben dies über das Arbeitsgericht getan und gleichzeitig gekündigt — der gefährdet die weitere Existenz der Firma! In der Tat: Diese Art der Argumentation erscheint, und sei es nur als Bonner Reden, altbekannt.

Die Forderungen der Belegschaft als Grund für wirtschaftliche Krisen, das ist gängige Grundlage aller Regierungspolitik in Bonn, seit langem. In Olpe wird diese Auffassung nun in allerletzter Konsequenz demonstriert. Der Verzicht der Belegschaft, schönfärberisch von Arbeitsschutzabbauern wie Blüm „Partnerschaft“ genannt, bis zu Ende gedacht: Der absolute Lohnverzicht. Einfach keinen Lohn mehr auszahlen, das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit ganz enorm.

Dementsprechend wurde auch Stimmung gemacht. Das ging von der heutzutage schon als „Standard“ zu bezeichnenden Behauptung, die Presse sei durch kritische Berichte über Kraft an der Lage der Firma schuld, bis hin zur Hetze gegen die Kollegen, die um ihren Lohn geklagt hatten, einer Hetze übrigens an der sich auch Betriebsräte beteiligten. Währenddessen gibt der IGM-Bevollmächtigte Tittelbach kund, er habe ja eh nichts tun können, oder — so fragt er superschlau — hätte er vielleicht mit markigen Worten und Demonstrationen die Firma vollends in den Ruin treiben sollen?

Nun, „markige Worte“ waren sicher nicht gefragt, die kennt man von vielen seiner „Kollegen“ etwa aus dem Stahlbereich. Aber Taten, das wäre etwas anderes gewesen. Aber davon wollte er nichts wissen. Mindestens die ersten drei Mo-

nate, denn diese Ausfälle würde bei einem Konkurs noch das Arbeitsamt tragen. Jetzt wird ihm allmählich schwindlig, sagt er. Verzicht mit zusammengebissenen Zähnen wegen der Angst vor der Arbeitslosigkeit, ein echt sozialpartnerschaftlicher Betriebsrat und eine passive, beschönigende IG Metall — wahrlich eine traurige Lage für die Belegschaft. Weniger traurig für die Unternehmer. Nicht nur, daß keiner etwas darüber zu sagen weiß, daß denn die Unternehmerfamilie etwa auch „partnerschaftlich“ sozusagen, ihren Lebensstandard reduziert habe, wovon bei der Belegschaft sehr viel die Rede ist. Nein, jetzt kam man auch noch mit der höflichen Anfrage an den Betriebsrat — einer mit dem man's offensichtlich machen kann — ob er denn Überstunden zustimmen würde. Ob die irgendwann bezahlt werden, wurde nicht versprochen.

Jetzt raffte sich die IGM unter dem Druck der Ereignisse auf, ein Ultimatum zu stellen: Einen(!) Monatslohn bis diesen Freitag, sonst steht alles still.

Ein Fall, der nicht nur die Konsequenz dieser heute üblichen Wirtschaftspolitik aufzeigt. Sondern auch die Frage aufwirft, wofür denn eigentlich solche Unternehmer gebraucht werden, die noch nicht einmal Arbeitslohn ausbezahlen. Eine entschädigungslose Enteignung solcher Leute wäre lediglich eines: angemessen.

General Bastians Fraktionsaustritt bei den Grünen

Erfüllt der General sein Offiziersehrenwort?

Offiziersehrenwort — das ist in den letzten Monaten sehr populär geworden. General Bastian hatte seines den Grünen gegeben, wie alle anderen, nicht exmilitärischen Abgeordneten auch. Im Falle des Austritts aus der Fraktion wollten sie ihr Mandat zurückgeben, aus dem Bundestag ausscheiden. Das wird jetzt von ihm gefordert, ohne daß er Anstalten machen würde, auch so zu handeln.

Mit offensichtlichem Vergnügen nahmen die anderen Parteien und die bürgerliche Presse Bastians Ausscheiden aus der Fraktion der Grünen im Bundestag zur Kenntnis. Sie kauten genüsslich dessen Vorwurf von den Intrigen in der Partei wieder — in der Tat von dieser Seite eine echte Unverschämtheit, denn im Vergleich zu den Intrigen und Machtkämpfen in den anderen Bonner Parteien steht den Grünen bisher höchstens der Status von Waisenknaben zu.



Unterstützung und Verständnis für die Kritiken Bastians wurden vor allem von Petra Kelly geäußert. Also zwei Exponenten derjenigen, die aus den Grünen endgültig eine bürgerliche, eine parlamentarische Partei machen wollen, ein Prozeß der längst nicht nur im Gange ist, sondern seinem Abschluß — sofern man das unter Kalkulierung künftiger Wahlergebnisse sagen kann — entgegengeht. Inhaltlich sind die Äußerungen Bastians denn auch in der Tat wenig stichhaltig, betreffen sie doch ausschließlich Dinge, die er seit langem, schon vor seiner Kandidatur, kennen

mußte. Andererseits, wenn man um jeden Preis „Prominenz“ haben will...

Bastian hatte sich aber, und daran sollte man sich erinnern, gerade in letzter Zeit immer wieder als ein Rechtsaußen unter den Strömungen der Grünen gezeigt: Nicht nur mit seinem Eintreten für die Schätzung des Offiziersehrenwortes im Fall Wörner/Kießling, sondern auch bei seinen verschiedenen Ausführungen zugunsten eines alternativen NATO-Konzeptes, eine Haltung, die der eigentlich, bisher aber nur auf dem Papier stehenden, formulierten Programmatik der Grünen, die zunehmend auf NATO-Austritt gezielt hatte, (ob sie es noch tut hier einmal dahingestellt), entgegensteht.

Bastian gehörte in letzter Zeit ebenfalls zu jenen Abgeordneten der Grünen, die immer offener und immer weiter von solchen Forderungen wie der nach einer Volksbefragung abrückten — und bildete da eine Front mit dem jetzt so lautstark an ihm Kritik übenden Schily — und dies, obwohl der entsprechende Entwurf der Grünen im Bundestag noch nicht einmal abschließend beraten ist.

Die Forderung an ihn, er solle sein Mandat zurückgeben, ist gegenüber seiner Partei auf jeden Fall berechtigt. Inwiefern er recht mit seiner Behauptung hat, die Wähler der Grünen stünden auf seiner Seite — und dafür gibt es, aufgrund der gesamten Politik der Grünen und auch der in anderen Fällen bekannt gewordenen Haltung zumindest eines großen Teils dieser Wähler eine große Wahrscheinlichkeit —, hat damit nichts zu tun.

RM-Dokumentation

Schaffung einer fünften Schicht in der französischen Stahlindustrie

Mitteilung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes

Am 2. Juni 1983 unterzeichneten die französischen Gewerkschaften F.G.M. — C.F.D.T. und F.O.M. den Vertrag über die Schaffung der fünften Schicht (33 Stunden 36 Min.) in den verschiedenen Gesellschaften der Stahlindustrie für die kontinuierliche Schichtarbeit.

Dieses Protokoll, daß im Rahmen des nationalen Abkommens vom 23. Februar 1982 über die Verkürzung der Arbeitszeit abgeschlossen wurde, sieht eine unmittelbare praktische Umsetzung in den folgenden Fristen vor:

- vor dem 1.1.1984: für die Gesellschaften SACILOR-SOL-LAC und USINOR sowie ihre mehrheitlichen Niederlassungen
- vor dem 31.12.1984: in den anderen Gesellschaften und Unternehmen.

Diese 33 Stunden 36 Minuten für Arbeiter in kontinuierlicher Schichtarbeit werden mit vollem Lohnausgleich gewährt, die Zulagen bleiben unverändert.

Diese Absprache zielt auf die Erhaltung von über 5000 Arbeitsplätzen ab und verbessert die Arbeitsbedingungen sowie das Privat- und Familienleben der Stahlarbeiter.

Bei den Verhandlungen auf Betriebsebene für die praktische Anwendung dieser Absprache fordern die Gewerkschaften, daß:

- die fünfte Schicht mit 33 Stunden 36 Minuten unmittelbar eingeführt wird;
- den Arbeitnehmern ein Mitspracherecht bei der Festlegung des zeitlichen Ablaufs eingeräumt wird;
- junge Arbeitnehmer prioritar über neue Beschäftigungsmöglichkeiten verfügen können;
- die Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeitnehmer in Zwei- bzw. Dreischichtarbeit sowie in Tagesschicht fortgesetzt werden.

BT/EC Juni 1
10. Juni 1983

Neu erschienen!

„Die Macht der Wenigen“ (Kommunistische Hefte Nr. 8)



Zwei Artikel enthält die neueste Ausgabe des Theoretischen Organs der KPD: „Die Macht der Wenigen“ und „Geholt — gebraucht — gefeuert“. Der erste Artikel befaßt sich mit der Konzentration wirtschaftlicher Macht in der BRD — die These der Monopolkommision bei der Bundesregierung, diese Konzentration habe sich verlangsamt, wird darin ausführlich widerlegt. Ein sehr informativer Artikel, der von 19 Tabellen und 2 Schaubildern abgerundet wird.

„Geholt — gebraucht — gefeuert“ ist der erste Teil eines größeren Artikels zur Lage der Ausländer in der BRD. In diesem ersten Teil wird im wesentlichen die Geschichte der Ausländerpolitik und das Papier der sogenannten Zimmermann-Kommission analysiert.

Heft 8 der „Kommunistischen Hefte“ umfaßt 167 Seiten und ist zum Preis von 6 DM zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30

Neu erschienen!

„Dokumente des V. Parteitags der KPD“



Sonderausgabe des „Kommunistischen Hefte“, Theoretisches Organ der KPD.

Neben verschiedensten Dokumenten des Parteitags enthält diese Sonderausgabe der „KH“ vor allem den Politischen Bericht an den V. Parteitag der KPD, gehalten vom Genossen Ernst Aust.

Die Sonderausgabe umfaßt 120 Seiten und ist zum Preis von 6 DM zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Aus: „Angriff“, Betriebszeitung der KPD bei Klöckner Bremen

In Frankreich: Fünfte Schicht!

Zu der nebenstehend abgedruckten Vereinbarung über Arbeitszeitverkürzung in Frankreich nahm die Zeitung der Genossen bei Klöckner Bremen in ihrer jüngsten Ausgabe Stellung. Wir drucken den Artikel im folgenden vollständig ab.

In diesem Jahr wird in der französischen Stahlindustrie die fünfte Schicht für den kontinuierlichen Betrieb eingeführt. Die Kollegen kommen dadurch auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 33 Stunden und 36 Minuten. Es wird voller Lohnausgleich gezahlt. Die Zulagen bleiben unverändert.

Über 5000 Arbeitsplätze sollen so erhalten bleiben. Die französische Stahlindustrie hat größere wirtschaftlichen Probleme als die deutsche, die behauptet, an der internationalen Konkurrenz kaputtzugehen und uns vorhält, wieviel in Korea gearbeitet und verdient wird.

Darüber scheiden laufend Kollegen aus, allein bisher fast 300 türkische Kollegen nach Teil II. Der Haken ist nur: Klöckner bestimmt, wer geht und wann. Gehen darf nur einer, dessen Arbeitsplatz entfällt oder im Ring-

tausch wieder besetzt werden kann. Also nur da, wo rationalisiert wurde, wo Klöckner den anderen Kollegen die Arbeit aufdrücken kann, nur da kann einer den Sozialplan in Anspruch nehmen. Arbeitsplätze schaffen oder erhalten, damit haben Sozialpläne nie was zu tun. Sie sind nur das Schmiermittel für den Abbau, wenn sie auch zweifellos größere persönliche Vorteile für die älteren Kollegen bringen.

Ganz anders bei der fünften Schicht. Das ist der Unternehmer durch Tarifvertrag gezwungen, bis zu einem bestimmten Tag jeden Konti-arbeitsplatz mit fünf statt bisher vier Kollegen zu besetzen.

Das schaffen wir nie! Es sei denn, wir legen uns voll ins Zeug beim Kampf um die 35-Stunden-Woche.

Kampagne Volksbefragung '84

Volksbefragungen am 17. Juni

Über den Beschluß der Aktionskonferenz vom 11./12.2.'84, eine Kampagne Volksbefragung '84 und Volksbefragungen am 17. Juni durchzuführen, wurde zwei Tage lang, in einer Arbeitsgruppe und im Plenum, heftig und kontrovers diskutiert.

Überraschend an dieser Debatte war zunächst einmal, daß kaum noch jemand voll und ganz zu dem stand, was der Koordinierungsausschuß im letzten November beschlossen hatte: für den Fall nämlich, daß es nicht zu einer gesetzlich beschlossenen konsultativen Volksbefragung kommen sollte, eine selbstorganisierte Volksbefragung am 17. Juni '84 durchzuführen.

Die Vorgeschichte

Zur Erinnerung: Vor ungefähr einem Jahr war beschlossen worden, für die Durchführung einer konsultativen Volksbefragung über die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik einzutreten. Die Grünen erklärten sich bereit, dazu einen Gesetzentwurf im Bundestag einzubringen. Es war von vornherein klar, daß es schwierig werden würde, die nötige Mehrheit im Bundestag dafür zu bekommen und daß dies, wenn überhaupt, nur möglich war, wenn es gelingen würde, einen starken öffentlichen Druck zu erzeugen. Diesen öffentlichen Druck gab es aber nicht, weil einflußreiche politische Kräfte diese Kampagne für eine konsultative Volksbefragung kaum unterstützten bzw. sogar direkt bekämpften.

Ersteres galt für DKP-orientierte Kreise, die in der Kampagne für die konsultative Volksbefragung eine unliebsame Konkurrenz für den Krefelder Appell sahen. Letzteres galt für die sozialdemokratisch orientierten Teile der Friedensbewegung, für die sich die konsultative Volks-

befragung nicht als — vielleicht letzte — Möglichkeit darstellte, einen Stationierungsbeschluß im Bundestag doch noch zu verhindern, sondern als Eingriff in die sog. Unabhängigkeit des Bundestages, in das Reglement der parlamentarischen Demokratie, die sie mehr fürchteten als den sicheren Stationierungsbeschluß.

Bei einem Hearing über den Gesetzentwurf der Grünen im November '83 wurde dann klar, daß kein einziger SPD-Abgeordneter für die konsultative Volksbefragung eintreten wollte. Es war der SPD-Abgeordnete Weißkirch, der damals vorschlug, anstelle einer parlamentarisch orientierten konsultativen Volksbefragung doch lieber eine selbstorganisierte Volksbefragung am 17. Juni, anlässlich der Europa-Wahlen durchzuführen...

Die Debatte auf der Aktionskonferenz

Die KPD ist bei diesem Hearing gegen den Vorschlag des SPD-Abgeordneten Weißkirch aufgetreten, weil er nichts war als ein demagogisches Manöver, um die konsultative Volksbefragung zu sabotieren. Heute, nachdem der Bundestag die Stationierung beschlossen und den Gesetzentwurf der Grünen abgelehnt hat, stellt sich die Sache natürlich etwas anders dar und wir meinen heute, daß die Durchführung einer Volksbefragung am 17. Juni politisch sinnvoll ist (bzw. sein kann) und unterstützen diese Aktion. Trotzdem sollte man aber die Vorgeschichte dieser Aktion nicht vergessen. Zum einen, weil sich bestimmte Bedenken, die auf der Aktionskonferenz gegen das Projekt geäußert wurden, nur auf dem Hintergrund dieser Vorgeschichte verstehen lassen. Zum anderen, weil sich diejenigen, die sich auf der Aktionskonferenz für die jetzige, verwässerte Form der Volksbefragung so stark gemacht haben, im Großen und Ganzen die gleichen sind, die sich mit der Kampagne für die konsultative Volksbefragung um keinen Preis anfreunden wollten.

Gegner der Volksbefragung

Gegen die Durchführung einer Volksbefragung am 17. Juni traten auf der Aktionskonferenz vor allem die Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen sowie die Bundespartei der Grünen auf. Sie führten im wesentlichen folgende Argumente an: 1. Die Durchführung einer Befragung über den Stopp und Abbau der Raketen führt zu einer falschen Orientierung der Friedensbewegung ausschließlich auf die Raketenfrage; die Volksbefragung kann nur in einer Neuaufgabe des Krefelder Appells enden und bedeutet insofern sogar einen Rückschritt gegenüber dem Krefelder Appell, weil dort wenigstens noch die Unterschrift der Menschen verlangt wurde, jetzt aber nur ein Kreuz; die Volksbefragung ist deshalb eine Beschäftigungstherapie für die Aktivisten der Friedensbewegung und bindet Kräfte, die für den Widerstand gebraucht werden.

Befürworter der Volksbefragung

Für die Volksbefragung traten die sozialdemokratisch und die DKP-orientierten Kräfte auf



der Aktionskonferenz auf sowie Roland Vogt vom Landesverband der Grünen Rheinland-Pfalz. Abgesehen von Roland Vogt hatten allerdings alle erhebliche Bauchschmerzen bei der Konzentration der Volksbefragung auf den 17. Juni.

Die DKP forderte eine Abänderung des ursprünglichen Beschlusses in Richtung auf die Durchführung einer Abstimmungskampagne, bei der die Volksbefragung am 17. Juni ein Bestandteil neben anderen — Abstimmungen in Schulen, Betrieben, Universitäten — sein soll.

Die Bauchschmerzen der sozialdemokratisch orientierten Kräfte hatten die gleichen politischen Ursachen, die sie im letzten Jahr bewogen hatten, gegen die konsultative Volksbefragung aufzutreten. So war schon in einer Vorlage des Arbeitsausschusses Volksbefragung beim Koordinierungsausschuß betont worden, daß der Friedensbewegung bei der Volksbefragung am 17. Juni jeder Gedanke an ein Plebiszit fernliege. Auf der Aktionskonferenz wollte dann Andreas Zumach von Aktion Sühnezeichen noch den Namen Volksbefragung abgeschafft haben. Andere Redner forderten immer wieder, daß die Volksbefragung exemplarisch sein müsse, daß sie ihrem Charakter nach eine Demonstration sein müsse usw. usf. So einigte man sich schließlich auf die Umbenennung der „Volksbefragung am 17. Juni“ in „Kampagne Volksbefragung '84 — Volksbefragungen am 17. Juni“.

Fazit

Viele Bedenken, die von den Gegnern der Volksbefragung geäußert wurden, bestehen sicher zu Recht. Vor allem, wenn man nicht nur die Sache selbst betrachtet, sondern auch die politischen Motive der Befürworter.

Denn zwar wurde ausdrücklich betont, daß in diese Kampagne Volksbefragung alle politischen Anliegen der Friedensbewegung eingebracht werden sollen und keineswegs nur die Raketenfrage. Aber angesichts der Tatsache, daß beispielsweise die DKP-orientierten Kräfte auf der Aktionskonferenz immer wieder betont haben, daß die Raketenfrage jetzt erst recht das Hauptanliegen der Friedensbewegung sein müsse, drängen sich Zweifel daran, wie ernst das tatsächlich gemeint ist, natürlich auf.

Auch das Problem, ob es gelingt, eine — sinnlose — Neuaufgabe des Krefelder Appells zu vermeiden, besteht. Zum einen, weil die politische Situation sich durch den Beginn der Stationierung verändert hat und für viele Menschen die Raketenfrage nicht mehr in der Form zur Entscheidung ansteht wie im letzten Jahr. Das war auch vor der Konferenz klar. Zum anderen aber auch dadurch, daß sogar diese selbstorganisierte Volksbefragung für relevante Teile der Friedensbewegung offenbar immer noch ein sehr „heißes Eisen“ ist, was sicher nicht ohne Auswirkungen auf ihr Engagement in dieser Sache sein wird. Letzteres wurde erst auf der Konferenz klar.

Wir meinen: Die Durchführung einer Volksbefragung am 17. Juni hat ihren politischen Sinn, weil sie ein Votum gegen den friedens- und demokratiefeindlichen Stationierungsbeschluß des Bundestages ist — wenn sie vernünftig durchgeführt wird. D.h. wenn sie 1. politisch nicht zur Ausgrenzung aller anderen als der Raketenfrage aus der Arbeit der Friedensbewegung führt und wenn sie 2. tatsächlich so weit wie möglich als Volksbefragung durchgeführt wird und nicht zur xten Unterschriftensammlung in Sachen Raketen verkommt.

Beschlüsse der Aktionskonferenz vom 11./12.2.84

Volksbefragungen am 17. Juni '84

Die Aktionskonferenz vom 11./12.2.84 hat mehrheitlich beschlossen, eine Kampagne Volksbefragung 1984 durchzuführen, deren erster Höhepunkt selbstorganisierte Volksbefragungen am 17. Juni, dem Tag der Wahlen zum Europäischen Parlament, sein sollen.

Ein Papier, das die Zielsetzungen dieser Kampagne näher bestimmt sowie ein organisatorischer Rahmenplan sind beim Koordinationsausschuß in Bonn zu bekommen.

„Verweigert jetzt!“

Auf Vorschlag der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF) beschloß die Aktionskonferenz mehrheitlich, eine sog. Verweigerungskampagne durchzuführen. Auch hierzu sind nähere Informationen beim Koordinationsausschuß zu bekommen.

Friedensbewegung in osteuropäischen Ländern

Auf Vorschlag von Jo Leinen beschloß die Aktionskonferenz mehrheitlich folgende Sellungnahme: „Die Aktionskonferenz vom 11./12.2.84 wendet sich grundsätzlich dagegen, daß Menschen wegen ihres Engagements für den Frieden staatlicher Repression ausgesetzt sind, egal ob in Ost oder West. Die Aktionskonferenz fordert die Aufhebung solcher staatlichen Repressionsmaßnahmen. Der Koordinierungsausschuß wird beauftragt, konkrete Schritte zur Solidarität zu diskutieren und zu beschließen.“

Dokumentation

Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 11./12.2.84 in Köln verabschiedete mit großer Mehrheit ein Papier, das wir im folgenden dokumentieren. Punkt 1 des Papiers enthält die Positionen, auf die sich die verschiedenen politischen Strömungen in der Friedensbewegung einigen konnten. Punkt 2 skizziert stichwortartig politische Positionen, über die zum Teil grundlegende Differenzen bestehen bzw. Themen, über die in Zukunft verstärkt diskutiert werden soll. Punkt 3 soll einen Orientierungsrahmen für die Aktivitäten der Friedensbewegung im Jahr 1984 darstellen.

„Der Beschluß der Bundestagsmehrheit vom 22. November 1983 für die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ist eine Entscheidung gegen die Lebensinteressen der Bevölkerung. Die neuen Atomwaffen bringen für die Bundesrepublik nicht mehr, sondern weniger Sicherheit und erhöhen die Kriegsgefahr. Die begonnene Stationierung zwingt uns, den Widerstand gegen diese Raketen fortzusetzen. Die Stationierung ist Kernstück einer umfassenden militärisch und politisch offensiven Kriegsführungsstrategie der USA und der NATO im atomaren, konventionellen, chemischen und elektronischen Bereich (s. auch Leitliniendokument, Air-Land-Battle, Rogers-Plan u.a.).

Angesichts dieser Situation fordert die Friedensbewegung:

1. Stopp der Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles und Abbau der bereits stationierten Raketen in Westeuropa und gleichzeitig Rücknahme der sowjetischen Gegenmaßnahmen mit SS 21 und SS 22.
2. Beseitigung aller in der Bundesrepublik gelagerten ABC-Waffen, Nein zur Plutoniumproduktion (WAA, schneller Brüter).
3. Stopp und Abbau der konventionellen Rüstung.
4. Abbau von Atomwaffen mit dem Ziel atomwaffenfreier Zonen und eines atomwaffenfreien Europa, ohne gleichzeitige Erhöhung der konventionellen Rüstung in Ost und West.
5. Eine Politik der Zusammenarbeit und Versöhnung, die nur durch konkrete Abrüstungsschritte Erfolg haben kann.
6. Sofortiger Abbau des Rüstungsetats und Verwendung der Mittel für gesellschaftlich nützliche Aufgaben.
7. Ablehnung jeglicher militärischer Intervention, Unterdrückung von Emazipationsbestrebungen und Rohstoffausbeute. Stopp der Rüstungsexporte und Solidarität mit den Befreiungskämpfen in der dritten Welt.
8. Überwindung der Abschreckungsdoktrin.

II

Die Aktionskonferenz ruft die Friedensinitiativen auf, zur Vorbereitung der nächsten bundesweiten (Aktions-)Konferenz am 5./6. Mai 1984 folgende Themenbereiche verstärkt zu diskutieren:

1. Angesichts der Tatsache, daß sich die NATO immer mehr zu einem Bündnis mit Kriegsführungsoptionen entwickelt (vgl. Air-Land-Battle usw. wie auch die entsprechenden Aufrüstungsprogramme), ist eine Problematisierung und Klärung unseres Verhältnisses zur NATO dringend geboten.
 2. a) Die Doktrin der Abschreckung und mögliche Alternativen und die Auswirkung auf Rüstung in Ost und West.
b) einseitige Abrüstungsschritte — Gleichgewicht — gleiche Sicherheit
c) alternative Verteidigungs- und Sicherheitskonzepte
 3. Die Sowjetunion hat die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa mit der Aufstellung der Kurzstreckenraketen SS 21 und SS 22 in der CSSR und DDR beantwortet. In der Friedensbewegung gibt es in der Bewertung dieser Maßnahme unterschiedliche Positionen. Erste Positionen werden im Anhang kurz skizziert.*
 4. Blockübergreifende Friedensbewegung — internationale Zusammenarbeit der Friedensbewegung.
 5. Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau
 6. Hochrüstung und dritte Welt
- Diese sechs Punkte werden noch um einen Punkt über den Zusammenhang von Frauen- und Friedensbewegung ergänzt — RM)

III

Die vielfältigen Aktionen im Herbst 1983 haben das Anwachsen der Friedensbewegung eindrucksvoll demonstriert. Den weiteren Zusammenhalt der Beteiligten in ihrer sozialen, weltanschaulichen und politischen Vielfalt zu bewahren, immer mehr Bevölkerungsteile zur Mitarbeit in der Friedensbewegung zu gewinnen und inhaltliche Perspektiven in der gemeinsamen Diskussion weiterzuentwickeln, sind Voraussetzungen für unseren Erfolg.

In unserem Widerstand gegen diese Politik wehren wir uns insbesondere gegen jede Ausgrenzung gegenüber Gruppen in der Friedensbewegung, seien

es Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Kommunisten, Liberale, Christen, Autonome, Grüne oder andere. Wir wenden uns entschieden gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Teilen der Friedensbewegung. In einer Zeit, in der die Frage Krieg und Frieden zur Überlebensfrage der gesamten Menschheit geworden ist, erklären wir: Jeder, der mit uns gegen diese menschenverachtenden Kriegsstrategien kämpft, ist Teil der Friedensbewegung; dabei werden wir über ideologische und weltanschauliche Unterschiede weiterhin offen streiten. Noch mehr als in der Vergangenheit gilt es, die Dialogfähigkeit der Friedensbewegung weiterzuentwickeln.

Trotz bestehender Differenzen in verschiedenen Fragen schlagen wir vor, folgende Aktionen vorzubereiten und durchzuführen bzw. zu unterstützen: (Die nun folgenden Aktionsvorschläge wurden von der Aktionskonferenz nicht ausdrücklich beschlossen — Ausnahmen s. Artikel „Beschlüsse der Aktionskonferenz“)

- 8. März
 - Ostermärsche
 - 1. Mai
 - selbstorganisierte Volksbefragungen mit Höhepunkt am 17. Juni
 - eine breit angelegte Kampagne zur Verweigerung aller Kriegsdienste sowie Maßnahmen der Militarisierung, z.B. Frauen in die Bundeswehr zu holen
 - 1. September
 - Friedenswochen (bisher in der Diskussion: Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda GAP, bundesweite Aktionswochen, Massenaktionen in Stationierungsorten, Staffettenmarsch/Menschenketten durch die BRD)
 - Unterstützung 35-Stunden-Woche
- Es besteht die Absicht, aus den genannten inhaltlichen Diskussionspunkten und Vorschlägen ein integriertes Gesamtkonzept für gemeinsame Aktionen im Herbst '84 bis zur Aktionskonferenz am 5./6. Mai '84 zu entwickeln.“

Betriebsratswahlen

RGO-Liste auf Hoesch-Union

Auch bei Hoesch-Union hatte sich die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) massiv für eine Persönlichkeitswahl eingesetzt. Wie in vielen anderen Betrieben hat aber auch hier die IG Metall eine wirkliche Persönlichkeitswahl verhindert. Deshalb werden sich auch diesmal auf Hoesch-Union bei der Betriebsratswahl die Liste der IG Metall und die Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gegenüberstehen.

Damit kandidiert in dem Hoesch-Werk zum dritten Mal eine Liste der RGO. Bei der letzten Wahl hatte die RGO 32 Prozent der Stimmen erhalten, weil sie mit Hartmut Siemon und Norbert Bömer nur zwei Kandidaten aufwies, erhielt sie aber auch nur zwei Sitze im Betriebsrat. Diesmal steht mit dem 26jährigen Funklokranführer Klaus Guttek ein dritter Mann auf der RGO-Liste.

„Wie ein kleiner Lokführer dazu kommt, auf der RGO-Liste zum Betriebsrat zu kandidieren“ — unter dieser Überschrift stellt sich Klaus Guttek in einem Informationsblatt der RGO zur Betriebsratswahl vor:

„Mein Name ist Klaus Guttek, 26 Jahre, verheiratet, ein Kind und seit fünf Jahren auf der Union als Eisenbahner beschäftigt, oder genauer gesagt, ich war bei Union beschäftigt, denn ich bin zum

10.2. nach Hamm versetzt worden. Ich habe Klage gegen diese Versetzung eingereicht, nicht weil ich nicht arbeiten will, sondern weil mir auch in der heutigen Situation nicht egal ist, zu welchen Bedingungen ich meine Arbeitskraft verkaufe. Doch der Reihe nach:

Die Röhrenwerke Hamm suchen Arbeiter — ist ja auch kein Wunder, da sie im letzten Jahr erst 400 rausgesetzt haben. Na prima, denkt man, können sich die Arbeitslosen in Hamm — und davon gibt es nicht gerade wenig — aber freuen. Doch weit gefehlt, nicht Hammer, sondern Dortmunder werden eingestellt, genauer gesagt, der angebliche Personalüberhang der Hüttenwerke. Und da gerade die Verkehrsbetriebe so

viele, viele Leut überhaben, wird mir, obwohl ich nicht wollte, im letzten Oktober die Ehre zuteil, für drei Monate als Leiharbeiter in Hamm zu arbeiten. Damit handele ich mir einen Fahrweg



von 50 km für eine Fahrt ein. Ende des Jahres heißt es dann, ich soll auf Dauer in Hamm bleiben. Nun hoffe ich, daß das doch nicht so einfach geht, deshalb klage ich vor dem Arbeitsgericht. Da staut sich 'ne ganze Menge Wut im Bauch und nicht nur bei mir, sondern bei etlichen Kollegen. Immerhin sind über 80 Hüttenwerker in Hamm. Wut auf Hoesch, das knallhart zeigt, in welch freiem



Straße gegangen waren. Ich denke, daß wir um unsere Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen kämpfen müssen und kämpfen können und nicht gegen vage Zugeständnisse Unternehmenskonzepten zustimmen, denen Zehntausende Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Ich möchte meine Wut ganz gerne wieder loswerden, darum kandidiere ich als Betriebsrat, nicht um mich blindwütig aus-



Betriebsratswahlen Siemens/Witten

Vereinigte Belegschaftsliste will die Mehrheit

Listenwahl auch bei Siemens in Witten. Die Liste, der unsere volle Sympathie gehört, tritt unter dem Kennwort „Vereinigte Belegschaftsliste“ an. 23 Kolleginnen und Kollegen kandidieren auf dieser Liste, obwohl es für den Arbeiterbereich nur 12 Sitze im Betriebsrat gibt. Das weist schon darauf hin, daß die Belegschaftsliste den Zusatz „vereinigte“ offenkundig zurecht trägt.

Wer vereinigt sich auf dieser Liste gegen wen? — Natürlich geht es um die Einheit gegen Siemens, für die Interessen der Belegschaft. Aber es geht bei dieser Wahl vor allem darum, im Betriebsrat Verhältnisse zu schaffen, die eine konsequente Vertretung von Belegschaftsinteressen ermöglichen. Das bedeutet: Der Einfluß der direkten Handlanger von Siemens im Betriebsrat muß endlich gebrochen werden. Für diese Bestrebungen gibt es bei Siemens/Witten eine populäre Lösung: „Rein raus!“

Rein sitzt mit einer kurzen Unterbrechung auf dem Sessel des Betriebsratsvorsitzenden, seit es bei Siemens/Witten überhaupt einen Betriebsrat gibt. Zuerst von der Ortsverwaltung eingesetzt, dann 1972 gewählt. Daß er ein Handlanger der Geschäftsleitung ist, wurde der Mehrheit der Belegschaft schnell klar. Seitdem geht der Kampf darum, ihn vom Sessel des BR-Vorsitzenden wieder wegzukriegen.

Bei der Persönlichkeitswahl 1974 erhielt Rein mit Abstand nicht die meisten Stimmen, wurde aber zum BR-Vorsitzenden gewählt. In einer Unterschriftensammlung sprachen 300 Kolleginnen und Kollegen Rein das Mißtrauen aus — mehr als ihn gewählt hatten.

Bei der Betriebsratswahl 1978 machte Rein eine eigene Liste, weil er auf der IGM-Liste keinen oberen Listenplatz bekommen hätte. Gegen die Rein-Liste kandidierte die Liste der IGM (Listenführer Herrmann Schulz) und die Liste der RGO (Listenführerin Annette Schnoor). Die IGM-Liste erhielt 33 Prozent, die RGO 31 Prozent, die Rein-Liste 23 Prozent und eine weitere Liste 11 Prozent. Bei der Wahl zum BR-Vorsitzenden stimmten zwar alle RGO-Betriebsräte für den Kandidaten der IGM, aber eine Betriebsrätin der IGM stimmte für Rein, so daß dieser mit den Stimmen von Angestelltenvertretern und seiner Liste gewählt wurde. Daraufhin wäre es im Betrieb fast zum Streik gekommen. Vertrauensleute und

die RGO sammelten im Betrieb Unterschriften mit der Forderung nach Rücktritt des Betriebsrats und Neuwahl. Vor der entscheidenden Abstimmung im Betriebsrat über einen eventuellen Rücktritt schaltete sich die Ortsverwaltung der IGM ein und verbot den IGM-Betriebsräten, für einen Rücktritt zu stimmen. So blieb Rein gegen den Willen der Mehrheit der Belegschaft weiter auf seinem Posten.

Bei der Betriebsratswahl 1981 stand Rein wieder an der Spitze der IGM-Liste. Es gab noch drei weitere Listen, die nur den Zweck hatten, der Rein-Gruppe eine Mehrheit im Betriebsrat zu verschaffen. Gegen die Rein-Clique stand die Belegschaftsliste, ein breiterer Zusammenschluß von Kolleginnen und Kollegen, an dessen Zustandekommen die RGO maßgeblich beteiligt war (Listenführerin Annette Schnoor). Die Belegschaftsliste erhielt 50 Prozent der Stimmen, die IGM-Liste mit Rein 26 Prozent, die restlichen drei Listen teilten sich die verbleibenden 24 Prozent.

Weil die Belegschaftsliste die ihr an sich zustehenden neun Sitze im Betriebsrat nicht wahrnehmen konnte (ihre Liste hatte nur sieben Kandidaten), waren die Mehrheitsverhältnisse im Betriebsrat schwankend. Immerhin wurde aber zunächst nicht Rein, sondern Herrmann Schulz mit den Stimmen der Belegschaftsliste zum Vorsitzenden gewählt. Bei wichtigen Abstimmungen im Betriebsrat gab es aber eine schwankende und hauchdünne Mehrheit gegen Rein. Als eine Kollegin der Belegschaftsliste den Betrieb verließ änderten sich die Mehrheitsverhältnisse im Betriebsrat wieder zugunsten der Reaktionen. Das in einer Situation, in der Siemens in Witten Massenentlassungen plante. Die Mehrheit im Betriebsrat stimmte den Entlassungen zu. Daraufhin traten der BR-Vorsitzende Herrmann Schulz und sein Stellvertreter, die gegen die Entlassungen gestimmt hatten, zurück. Rein wurde wieder Vorsitzender, seine Clique besetzte

wieder die Schlüsselpositionen im Betriebsrat.

Die Opposition gegen Rein im Betriebsrat umfaßte im wesentlichen die Belegschaftsliste und drei Betriebsräte der IGM-Liste. Diese BR-Opposition ist nun auf der Vereinigten Belegschaftsliste zusammengeschlossen.

Die Auseinandersetzung im Betriebsrat schlug sich gleichzeitig auch im Vertrauensleutkörper nieder. Auch hier bestand die Situation schwankender Mehrheiten. In der Frage der Entlassungen wurde die Position der fortschrittlichen Betriebsräte durch Mehrheitsbeschlüsse im VK gestützt. Man muß wissen, daß vor allem Vertrauensfrauen und -männer, die in Opposition zur Politik der Rein-Clique standen, gewerkschaftliche Aktivitäten im Betrieb entfalteten. Auch in der Vertrauensleutkörperleitung gab es dafür eine Mehrheit.

Im Vorfeld der Betriebsratswahlen wurde allgemein die Persönlichkeitswahl als der Weg angesehen, Rein und seine Clique zu isolieren und eine Zusammensetzung des Betriebsrates zu erreichen, die dem Willen der Belegschaft entspricht. Die Ortsverwaltung bestand auf einer IGM-Liste. Es war klar, daß das bedeuten würde mit Rein, aber ohne Annette Schnoor und andere ausgeschlossene Betriebsräte der Belegschaftsliste. Aus Protest gegen diese Haltung der Ortsverwaltung trat die VK-Leitung zurück. Die Opposition im VK gegen die Rein-Clique ist

nun ebenfalls auf der Vereinigten Belegschaftsliste zusammengeschlossen.

Die IGM-Liste wird von Rein und anderen reaktionären Betriebsräten geführt. Sie wurde unter Ausschluss des Vertrauensleutkörpers aufgestellt, der die Vereinigte Belegschaftsliste unterstützt.

So ist die Vereinigte Belegschaftsliste Ergebnis eines mehr als zehnjährigen Kampfes gegen extrem reaktionäre Positionen im Siemens-Betriebsrat. Sie ist Ausdruck der Tatsache, daß immer mehr Gewerkschafter bei Siemens die Schädlichkeit dieser Auffassungen und die Notwendigkeit des Kampfes gegen sie erkannt haben. Daß es zu dieser breiten Einheit gekommen ist, daß nun endlich die Möglichkeit besteht, diese gewerkschafts- und arbeiterfeindlichen Positionen im Betriebsrat zu entmachten, ist ein großer Erfolg.

Sehr schädlich dagegen ist, daß diese reaktionären Positionen bei Siemens/Witten weiterhin als Liste der IG Metall auftreten können. Die Verantwortung dafür liegt ausschließlich bei der Wittern Ortsverwaltung der IG Metall. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind ihr offenkundig heiliger als das Ansehen der Gewerkschaft bei der Belegschaft. Bleibt die Hoffnung, daß wenigstens nach der Betriebsratswahl die Ortsverwaltung erkennt, wer bei Siemens/Witten die gewerkschaftlichen Interessen vertritt und wer nicht.



Die Reaktionen verbreiten in der Belegschaft das Gerücht, daß Siemens in Witten dichtet, wenn die Vereinigte Belegschaftsliste am 29.3. die Mehrheit im Betriebsrat bekommt. Der „ROTE LAUTSPRECHER“, die Betriebszeitung der KPD, nimmt's mit Humor.

Land wir leben, nämlich die Freiheit der Unternehmer, mit unserer Arbeitskraft zu machen, was sie wollen, und meine Freiheit zwischen Arbeitslosigkeit und einem Job, den ich nicht will, zu wählen. Wut aber auch auf die IG Metall, die zwar große Reden über Arbeitszeitverkürzung schwingt, aber zuseht, wie tagtäglich weiter rationalisiert, wie Arbeitsplatz um Arbeitsplatz gestrichen wird. Wut auch auf Betriebsräte, die Mitbestimmung bestenfalls nutzen, auch ihre Stimme zum Nutzen des Unternehmens einzusetzen, siehe als Beispiel die Zustimmung zur Schließung der P 4, nachdem wir zweimal dagegen auf die

zutoben, sondern mich konsequent für unsere Interessen einzusetzen.“

Inzwischen hat Hoesch dem Kollegen Guttek gekündigt. Aber die RGO hat inzwischen über 100 Stützunterschriften für ihre Liste notariell beglaubigen lassen, so daß Kollege Guttek Kündigungsschutz als Betriebsratskandidat genießt. Die RGO-Liste auf Hoesch-Union steht also. Damit steht auch ein Angebot der RGO an die IG Metall: „Wir halten weiterhin unser Angebot an die IGM aufrecht, wenn wir genügend Unterschriften haben, noch mal Verhandlungen über eine gemeinsame Persönlichkeitswahl aufzunehmen.“

Anzeige

Abonniert die RGO-Nachrichten!

Werdet Mitglied der RGO!

Ab Januar werden die „RGO-Nachrichten“ nur noch an Abonnenten geliefert. Auch die Einzelmitgliedschaft in der RGO läuft nun über das Abonnement der „RGO-Nachrichten“.

- Nur 10 Mark im Jahr für Interessenten
- 20 Mark im Jahr für Gönner und Förderer der RGO
- Für Mitglieder 30 Mark im Jahr (einschließlich Jahresbeitrag und Mitgliedskarte)

Bei Mehrfach-Abos ab 5 Stück Sondertarife nach Absprache! Zusätzlich für Mitglieder und Förderer: kostenlos die unregelmäßig erscheinenden Sonderlieferungen mit Berichten, Analysen, Dokumentationen, Anleitungen ...

RGO-Nachrichten Postfach 41 03 32 46 Dortmund 41

Bestellung eines Jahresabonnements der RGO-Nachrichten/Einzugsermächtigung

Ich möchte ab 19.... die 2 monatlich erscheinenden RGO-Nachrichten abonnieren.

Name

Vorname

Straße/Haus-Nr.

Wohnort

Ich bestelle:

- das Normalabonnement zum Preis von 10,— DM im Jahr
- das Förderabonnement zum Preis von 20,— DM im Jahr
- das Mitgliedsabonnement zum Preis von 30,— DM im Jahr

Die Abonnementsgebühren sind jährlich im voraus zu bezahlen. Ich zahle durch:

☐ Einziehungsauftrag ☐ Dauerauftrag ☐ Barzahlung/Einzulüberweisung

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, Dortmund, meine Abonnementsgebühren bis zu meinem schriftlichen Widerruf jeweils bei Fälligkeit zu Lasten meines unten angegebenen Kontos einzuziehen:

Bank-/Giro-/Postcheck-Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Kontoinhaber

Der Lastschrift auf meinem Konto kann ich innerhalb von sechs Wochen nach Ausführung bei meinem Geldinstitut widersprechen und die Rücküberweisung auf mein Konto veranlassen.

Ort/Datum Unterschrift

Volkskorrespondenz aus Ludwigshafen Arbeitsplatzvernichtung bei Dogmoch

Wie schon vor der Betriebsratswahl bei Dogmoch befürchtet, ging's dann auch gleich los.

Der Betriebsrat forderte die Geschäftsführung auf, ihn über die finanzielle und wirtschaftliche Situation der Firma umfassend zu unterrichten. Im Laufe der Sitzung deckte die Geschäftsführung dann auch teilweise ihre Karten auf. Neun bis elf Entlassungen Begründung: Umsatzrückgang. Dem BR war klar, daß das nicht die ganzen Pläne sein konnten. Er informierte sofort die Belegschaft und richtete an die GF die Aufforderung, innerhalb von 14 Tagen in Verhandlung um einen „Interessenausgleich“ (das ist die betriebsverfassungsrechtliche Bezeichnung für Maßnahmen zur Verhinderung von Entlassungen) und Sozialplan zu treten. Die Geschäftsführung reagierte dann auch prompt, aggressiv und recht unvorbereitet. Sie lehnte Verhandlungen strikt ab und versuchte den Betriebsrat zu erpressen, indem sie drohte, falls der BR auf einem Sozialplan bestehe, gleich Massenentlassungen bis zu 60 Mitarbeitern durchzuführen. Der Betriebsrat bestand weiterhin auf Verhandlungen und informierte wieder sofort die Belegschaft. Die Stimmung unter der Belegschaft war recht eindeutig für die Entscheidung des Betriebsrates.

Im Flugblatt der Betriebsgruppe der Gewerkschaft HBV stand dann auch in bezug auf den Erpressungsversuch der Geschäftsführung: „Der Betriebsrat darf sich auf keinen Fall erpressen lassen.“ — „Wir meinen: Es wird auf jeden Fall ein drastischer Personalabbau geplant. Und das nach Möglichkeit so unproblematisch und natürlich so billig wie möglich. Unproblematisch zunächst durch Entlassung der „schwächsten“ Mitarbeiter. Also der Leute, von denen der wenigste Widerstand erwartet wird. Dann die Salamiakt. Also immer einige, ohne daß eine Massenentlassung beim Arbeitsamt beantragt werden muß. Und billig: Ohne eine Sozialplan, also mit möglichst geringen Abfindungen.“

Die Betriebsgruppe fordert dann auch:

- Kompromißlose Durchsetzung eines Sozialplans;
- Kampf um die Erhaltung eines jeden einzelnen Arbeitsplatzes.

Und sie lädt zu einer Belegschaftsversammlung der Betriebsgruppe im DGB-Haus ein. Die Versammlung war dann auch mit 32 Kolleginnen und Kollegen gut besucht. Der Betriebsrat informierte ausführlich, was bisher abgelaufen war. Anschließend wurde beraten, was zu tun sei. Es wurde klargestellt, daß die Entlassungen nur durch den gemeinsamen Kampf zu verhindern seien und daß die

rechtlichen Möglichkeiten, die der BR hat, sehr begrenzt sind. Folgende Maßnahmen wurden beschlossen:

1. Keine einzige Überstunde wird mehr geleistet (bisher wurden nur noch von sehr wenigen Mitarbeitern Überstunden gemacht).

2. Dienst nach Vorschrift, also Beachtung aller Sicherheitsvorschriften usw. Stapler werden nur noch von denjenigen Mitarbeitern gefahren, die auch als Staplerfahrer eingruppiert sind.

3. Auf der außerordentlichen Betriebsversammlung am 16.2. wird der Geschäftsführung eindeutig die Meinung der Belegschaft demonstriert.

4. Öffentlichkeitsarbeit: Informationsstände vor Horden (Horden ist zu 50 Prozent an Dogmoch beteiligt) und vor dem Ypsilo-Geschäft in Ludwigshafen. (Die Ypsilo-Kette ist ein von Dogmoch rechtlich getrenntes Unternehmen, das zu gleichen Teilen Dogmoch und Horden gehört) teilweise zusammen mit den Kollegen der Halberger Hütte.

5. Eine Reihe von Forderungen werden an die Geschäftsführung gerichtet, die geeignet sind, die Arbeitsplätze zu erhalten, u.a.

- Warenverteilung nur noch vom Lager Ludwigshafen aus. Die Geschäftsführung war dazu übergegangen, immer mehr Ware direkt von Expeditionen verteilen zu lassen. Ein großer Teil der Ware kam schon gar nicht mehr ins Lager Ludwigshafen.

- Erhalt des firmeneigenen Fuhrparks bzw. Ausbau auf den alten Stand.

- Warenauszeichnung wie in der Vergangenheit im Lager Ludwigshafen.

- Überstunden werden in Zukunft generell durch Freizeit ausgeglichen.

- Kurzarbeit bei vollem Verdienstausschlag als letzte Möglichkeit vor Entlassungen.

Es wurde noch eine breite Palette von Aktionsmöglichkeiten besprochen. Auch ein Streik wird nicht ausgeschlossen.

Am Tag vor der Belegschaftsversammlung hatten sich BR-Mitglieder und Vertreter der Betriebsgruppe HBV mit dem Betriebsrat der Halberger-Hütte getroffen. Die Halberger-Hütte ist eine Gießerei in Ludwigshafen (855 Beschäftigte), in der hauptsächlich Motorblöcke hergestellt werden. Dieser Betrieb, der zum französischen Konzern St. Gobain gehört, soll innerhalb der nächsten drei Jahre dichtgemacht werden. Die gesamte Produktion soll nach dem Standort Brebach im Saarland verlagert werden. Begründet wird das mit „notwendigen Kapazitätsbeschränkungen aufgrund des starken Wettbewerbs“. In Wahrheit wurde diese Produktionsverlagerung schon über Jahre vorbereitet. In

Brebach wurde investiert und in Ludwigshafen nichts erneuert. Von den 855 Beschäftigten sollen 100 ab 55 Jahre in vorgezogenen Ruhestand gehen, (was erhebliche Lohn- und Renteneinbußen zur Folge hat). 500 Beschäftigte sollen von anderen Betrieben übernommen werden, (was erheblichen Qualifikationseinbußen zur Folge haben wird), der Rest soll nach Brebach umziehen (ohne Anspruch auf eine gleichwertigen Arbeitsplatz). Die Kollegen sind recht kämpferisch, was sie durch Demonstrationen in Ludwigshafen und Brebach sowie einer ganzen Reihe von anderen Aktivitäten bewiesen haben. Sie kämpfen um den Erhalt des Standortes Ludwigshafen.

Der Betriebsrat von Dogmoch und Halber tauschten ihre Erfahrungen aus und vereinbarten gegenseitige Unterstützung. Zur Frage Interessenausgleich und Sozialplan.

Wir kennen natürlich die Problematik der Verhandlung um Sozialpläne, Kurzarbeit usw. Der Betriebsrat spekuliert bei weitem nicht in erster Linie auf einen Interessenausgleich und Sozialplan.

Wir kennen natürlich die Problematik der Verhandlung um Sozialpläne, Kurzarbeit usw. Der Betriebsrat spekuliert bei weitem nicht in erster Linie auf einen Interessenausgleich und Sozialplan. Im Vordergrund steht der Kampf der Belegschaft und der wird organisiert. Der Betriebsrat und die Betriebsgruppe sehen die Verhandlungen nur als ein zusätzliches Druckmittel. Denn die Verhandlungen sind der Geschäftsführung offensichtlich gar nicht recht.

An erster Stelle steht der Kampf um die oben genannten Forderungen, denn bei Durchsetzung dieser Forderungen wären die Arbeitsplätze mühelos zu erhalten. Die Verhandlungen um einen Sozialplan haben den Vorteil, daß bis zum Abschluß dieser Verhandlungen keine Entlassungen vorgenommen werden dürfen.

Es ist u.U. damit zu rechnen, daß die Firma Dogmoch ganz dichtmacht. Horden hat das Know-How, die Einkaufsquellen usw. und benötigt das „Zwischenlager“ Dogmoch gar nicht mehr. Auf jeden Fall wird nichts widerstandslos hingenommen.

Kleine Chronologie zur 35-Stunden-Woche (IV)

Die vierte Folge unserer kleinen Chronologie, die wir seit dem offiziellen Beginn der Tarifaufeinanderstellungen Mitte Dezember 14tägig veröffentlichten, umfaßt den Zeitraum der letzten Januartage und des ersten Februar-Drittels. Eine Zeit, die durch Lamsdorffs Ausfälle und die Düsseldorf-Unternehmerdemonstration hauptsächlich durch die Verschärfung der Gangart auf Seiten des Kapitals gekennzeichnet wurde.

30. Januar

- In einer Stellungnahme des DGB zum sogenannten Ausbildungsbericht der Bundesregierung wird festgestellt, daß sich die Lage von Lehrstellenbewerbern trotz aller Regierungspropaganda weiter verschlechtert habe. Dies sollte an sich ein Grund mehr sein, gerade auch unter den Jugendlichen für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu mobilisieren, der DGB tat dies in diesem Fall einmal mehr nicht.

31. Januar

Das CDU-Mitglied im DBG-Bundesvorstand Fehrenbach kritisierte den Bundeskanzler heftig wegen dessen Einmischung in diese Tarifaufeinanderstellung. Er forderte, der Kanzler solle sich zurückhalten und neutral eingreifen, wenn es nötig sei. Dasselbe hatte schon, vor einigen Wochen, der DGB-Vorsitzende Ernst Breit gefordert — auch er damals, ohne auf die Ausfälle Kohls politisch einzugehen.

- Die Verhandlungen der IG Druck und Papier über eine neue Lohnstruktur werden von der Gewerkschaft für gescheitert erklärt. Dies ist die Reaktion der IG Drupa auf den erpresserischen Vorstoß der Kapitalisten, die erklärt hatten, solche Verhandlungen nur bei Festsetzung der 40-Stunden-Woche führen zu wollen.

1. Februar

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wird veröffentlicht. Er schreibt die Regierungspropaganda vom Aufschwung fort. Dieser Aufschwung, von dem die Arbeiterschaft, ob in Arbeit oder arbeitslos, bisher wahrlich nichts gesehen hat, könne aber nur dann weitergehen, wenn es keine Streiks gäbe und wenn die

Arbeiter auf alle Forderungen verzichteten — so lautet, knapp gefaßt, einmal mehr der Inhalt eines solchen Berichtes.

2. Februar

Nahezu die gesamte bürgerliche Presse nimmt die Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichtes am Vortage zum Anlaß, eine konzentrierte Propagandawelle gegen die Forderung nach den 35 Stunden zu entfalten. Dabei tun sich auch solche Blätter hervor, die ansonsten als „gemäßigt“ und auch der SPD nahestehend gelten.

3. Februar

- Die erste bundesdeutsche Unternehmerdemonstration in Düsseldorf, mit knapp über 1000 Teilnehmern vom BJU organisiert, setzt noch einmal die Zeichen dafür, was die Kapitalisten wollen: „Neue Deutsche Welle: Leistungswille“, (natürlich bei den Belegschaften), ist die am meisten verbreitete Parole. Die rund 2000 IGM-mobilisierten Gegendemonstranten machen einiges von dem erhofften Effekt zunichte.

- Der NRW-Kultusminister Schwiur setzt seine Vorreiterrolle gegen die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung der GEW fort. „Für Lehrer einfach unmöglich“, lautet seine neueste Bekanntgabe an die SPD-Presse.

4. Februar

Von CDU-Seite erfolgt an diesem Tag, einem Tag nachdem der Bundesrat die Blümsche „Vorruhestandsregelung“ wieder etwas schöner anzustreichen versuchte, erneut ein Vorstoß, diese Konstruktion als Alternative zur 35-Stunden-Woche zu verkaufen. Dem ist aber wenig Erfolg beschieden — selbst jene DGB-Gewerkschaften, die eigentlich darauf abzielten, aus der Front ausgeschert waren, ist dies zu dürrig. Damit dürfte dieses Thema, als aktuelle Alternative im Bewußtsein der Arbeiterschaft endgültig ausgespielt haben.

- Betriebsräte von Hoesch und Krupp aus dem Siegerland erheben erneut Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung und zu Bedingungen für Zuschüsse an die Konzerne — anlaß dafür waren die jüngsten Arbeitslosen zahlen aus diesem Nebenbereich, der sich immer mehr dem Ruhrgebiet annähert.

5. Februar

Hoesch-Chef Rohwedder macht noch einmal eine Vorstoß für die Frührente, geschickter als andere, denn er verweist auf die Kurzarbeit in der Stahlindustrie, die unter 35 Stunden in der Regel liegt. Daß ausgerechnet er sich um die Arbeitsplätze sorgt, mag man erst mal kaum glauben, aber er macht mit seinen Aussagen geschickt Schlagzeile.

6. Februar

Der Hauptvorstand der IG-Chemie macht den gewerkschaftlichen Gremien unter anderem auch den Vorschlag, eine Tarifforderung für kürzere Wochenarbeitszeit, kombiniert mit anderen Formen, zu stellen. Man will dort offensichtlich ein bißchen etwas dafür tun, vom Spalterimage innerhalb des DGB wegzukommen, ohne sich festlegen zu müssen.

- Auf einer zentralen SPD-Funktionärsversammlung in Bonn machen sowohl Willy Brandt als auch Ernst Breit alle Anstrengungen, die Unterschiede, die sich aus der aktuellen Lage auf verschiedenste Weise zwischen den Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und der Frührente ergeben, zu verwischen. Beides sei nötig, beides möglich, da ergäbe sich kein Unterschied, so die beiden unionen.

7. Februar

Die HBV fordert auch für die Banken die Einführung der 35-Stunden-Woche, so beschloß es die Große Tarifkommission für diesen Bereich.

- Auf der Kölner Handwerksmesse machen die beteiligten Meister eine regelrechte Kundgebung gegen die gewerkschaftliche Forderung aus ihrer Messerversammlung.

- Lamsdorff benutzt seinen Auftritt auf dieser Messe, um nochmals deutlich zu zeigen, daß er für teures Geld auch viel zu leisten bereit ist. Er hält eine Hetzrede gegen die 35-Stunden-Woche, die das meiste bisher dagewesene — von Ministerseite aus — in den Schatten stellt.

8. Februar

Im Zusammenhang mit der Entscheidung des mitgliederstärksten Bezirks der ÖTV, NRW II für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, erklärt die ÖTV-Vorsitzende Wulf Mathies, in der ÖTV gäbe es noch keine eindeutige Mehrheit dafür. Der Bezirk hatte beantragt, den Tarif zum 31. März zu kündigen. Der Vorstand will dies ganz offensichtlich nicht.

9. Februar

In Bayern wird die dritte Verhandlungsrunde ohne Ergebnis auf den 29. Februar vertagt.

- In Nordwürttemberg/Nordbaden weigern sich die Kapitalisten am vereinbarten Ort zu erscheinen, da dort zur selben Zeit eine Funktionärsversammlung der IGM stattfinden soll (Schwabenlandhalle in Fellbach bei Stuttgart) von der sich Unterhändler Stihl und Co. „unter Druck gesetzt“ fühlen. Sie lassen die Verhandlungsrunde platzen.

10. Februar

In Südwürttemberg-Hohenzollern setzen die Kapitalisten ihre Brückierungsstrategie fort: sie sagen ihr Erscheinen zur Verhandlung ab.

- In Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein werden die Verhandlungen ebenfalls ohne Ergebnis vertagt.

35er Spende!

Aber ja: Spenden für die 35-Stunden-Woche, bzw. den Kampf darum. Daß die Partei hier viel vor hat, weiß jeder, der den Roten Morgen schon mal gelesen hat, daß dies bereits begonnen hat, ebenfalls. Doch daß das auch besonders Geld kostet, überlegt man nicht so ohne weiteres. Deshalb dieser Anstoß! Es ist nicht nur, daß die KPD zu diesem so wichtigen Kampf besonders viel machen will und macht, es ist auch so, daß sie dazu durchaus Eigenes zu sagen hat, was wichtig ist, daß es unter „die Leute“ kommt, seien es Flugblätter, Plakate, Veranstaltungen oder besondere Aktionen. Für diese Sache brauchen wir auch deine Spende unter dem Stichwort „35“ auf Konto-Nummer: 6420-467, (Bankleitzahl 44010046), Postcheckamt Dortmund, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30



Faschistischer Brandanschlag in Frankfurt

„Neonazis aus dem Umkreis der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)“ sind nach der begründeten Überzeugung der Deutsch-ausländischen Stadtteilinitiative Bornheim verantwortlich für einen Brandanschlag, nach dem in der Nacht zum 6. Februar ein Geschäft in der Bergerstraße völlig ausbrannte, das von einem Türken und einem Deutschen zusammen betrieben wird. Dies ist bereits der zweite Brandanschlag innerhalb eines halben Jahres. Die Täter hatten vorher telefonisch Gewalttaten angedroht.

Brandanschlag: Wer betrügt hier wen?

Am 9. Februar fand in Bornheim eine Kundgebung gegen Ausländerfeindlichkeit und die Umtriebe der Faschisten statt, an der sich etwa 300 Menschen beteiligten. Dabei wurden auch die verantwortlichen Stadtpolitiker angegriffen, die das Treiben der Nazis nicht unterbinden wollen und zudem selbst Ausländerfeindlichkeit schüren.

Über die Frankfurter Vorfälle heißt es in einem Flugblatt der genannten Initiative:

Ein Stoffgeschäft wird angezündet. Die Inhaber sind ein Türke und ein Deutscher. Der Deutsche erhält einige Zeit vorher drei Drohanrufe, er solle nichts mit Türken zusammen machen, andernfalls ... Am 24.8. 1983 wird in der Burgstraße ein Lebensmittelgeschäft angezündet. Der Inhaber ist ein Türke. In den Monaten vorher erhält er Drohanrufe, er solle verschwinden, andernfalls ... Ein Brandanschlag schlug fehl.

Keine Aufenthaltsberechtigung für aktive Antifaschisten

Genossen aus Bielefeld schickten uns Material zu einem neuen Fall skandalöser Ausländerdiskriminierung in Nordrhein-Westfalen. Meldungen dieser Art häufen sich in letzter Zeit auch in diesem SPD-regierten Bundesland. Anlaß genug zu Protest und Gegenwehr.

Worum es in Bielefeld geht, haben Bielefelder Antifaschisten in einem offenen Brief an Innenminister Schnoor zusammengefaßt. Wir veröffentlichen ihn nachstehend. Initiativen und Einzelpersonen sind aufgerufen sich diesem Protest mit ihrer Unterschrift anzuschließen. Hierfür kann man sich an das Internationale Begegnungszentrum Friedenshaus e.V., Teutoburger Str. 106, 4800 Bielefeld 1, Tel.: (0521) 69874 wenden. Sehr geehrter Herr Minister Schnoor,

am 15.6.83 stellte der türkische Staatsangehörige Mehmet Kilicgedik gemäß § 8 Ausländergesetz bei der Bielefelder Ausländerbehörde einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung. Die Antwort, die er am 28.12.83 erhielt, lautet folgendermaßen: „Ihr Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung vom 15.2.83 wird gemäß § 8 Ausländergesetz abgelehnt.“ Fehler!

gelehnt.“ Und weiter: „Eine Verfestigung des Aufenthaltes von Ausländern, deren politische Aktivitäten darauf ausgerichtet sind, die demokratischen Grundordnungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland in Frage zu stellen, kann nicht in Betracht kommen.“

In dem Schreiben der Bielefelder Ausländerbehörde an Mehmet K. werden „die von der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums mitgeteilten Erkenntnisse“ zitiert.

Demnach ist Mehmet K. „Mitglied bzw. Führungsfunktionär mehrerer linksextremistischer Gruppen.“

Mit dieserlei politischen Ablehnung zeichnet sich eine Qualität administrativer Steuerung des Aufenthaltes politisch unliebsamer Ausländer ab, wie sie bislang noch nicht praktiziert wurde.

Die erwähnten Tätigkeitsfelder, die in dem Schreiben der Ausländerbehörde angeführt werden — „Verein türkischer Studenten und Arbeitnehmer in Bielefeld und Umgebung e.V.“ und der „Verein demokratischer Arbeitnehmer aus der Türkei in Bielefeld und Umgebung“ — sind identisch.

Mehmet hat immer in diesem Verein gearbeitet. Dieser Verein wird von der Stadt Bielefeld u.a. finanziell unterstützt. Mehmet K. hat sich wiederholt als zuverlässiger Ansprechpartner dieses Vereins zur Verfügung gestellt. So war er des öfteren als kostenloser Dolmetscher beim Jugend- und Sozialamt sowie bei der Ausländerbehörde tätig. Mehmet K. ist weder Mitglied noch „Chefidologe“ der Türkischen KP. Sein Engagement

heim verantwortlich für einen Brandanschlag, nach dem in der Nacht zum 6. Februar ein Geschäft in der Bergerstraße völlig ausbrannte, das von einem Türken und einem Deutschen zusammen betrieben wird. Dies ist bereits der zweite Brandanschlag innerhalb eines halben Jahres. Die Täter hatten vorher telefonisch Gewalttaten angedroht.

Auf dem Schaufenster stand: Türken raus. Am 26.8.1983 erhielt der deutsche Hausbesitzer eines Hauses in der Bornheimer Landwehr einen Drohanruf, er solle dem türkischen Geschäftsmann in seinem Haus kündigen, andernfalls ... passiere das selbe wie in der Burgstraße. Bei einer Umfrage unter türkischen Geschäftsinhabern, die wir Ende letzten Jahres machten, erklärten einige, sie hätten schon von Anschlügen auf die Läden von türkischen Bekannten in anderen Städten gehört usw. usw.

Vor dem ausgebrannten Laden in der Bergerstraße stehen nicht wenige Bornheimer und spekulieren über einen möglichen Versicherungsbetrug! Die Polizei schürt diese Spekulationen, indem sie ihre Ermittlungen darauf konzentriert. Die „Bornheimer Brücke“ stellt gar die Frage: „Sprühpapier: Nur ein Ablenkungsmanöver?“ schon in der Hauptüberschrift. (9.2.1984). So stellt sich die Polizei das vor: Burgstraße — Versicherungsbetrug, Bergerstraße — Versicherungsbetrug. Und was ist mit den Brandanschlägen auf Geschäfte und Wohnhäuser von Ausländern in München, Nürnberg, Berlin, Bad Homburg, Weilrod, im Ruhrgebiet, in Norddeutschland usw., usw.? Sind das alles kriminelle Versicherungsbetrügereien von Tür-

ken, Italienern usw.? Was ist mit den zahllosen Überfällen auf Ausländer? Sind das alles kriminelle Machenschaften der Ausländer?

Hier werden die Opfer der Ausländerfeindlichkeit zu Schuldigen erklärt! Hier wird an der Legende von den „kriminellen Ausländern“ gezimmert. Die Ausländer, denen man die Geschäfte und Häuser anzündet, sollen die eigentlichen Täter sein. Und dann heißt es stolz: Bei uns gibt es keine Ausländerfeindlichkeit.

Wir meinen: Diese Methode ist in Wirklichkeit die hinterhältigste Form der Ausländerfeindlichkeit! Die Brandanschläge und Überfälle auf Ausländer sind nur die Fortsetzung der Ausländerpolitik der Bundesregierung und der Arbeitgeber mit anderen Mitteln. Sie wollen zwei Millionen Ausländer bis 1990 verjagen. Ihnen schiebt man die Schuld für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Staatsverschuldung in die Schuhe. Ist es ein Wunder, daß da welche mit Terror nachhelfen wollen? Ist es da ein Wunder, daß die Polizei als ausführendes Staatsorgan die Brandanschläge nutzt, um auf die betroffenen „unerwünschten“ Ausländer noch zusätzlich Druck auszuüben? Ist es da ein Wunder, daß die Polizei krampfhaft von den Neonazis ablenkt, auf deren Konto die Terroranschläge auf Ausländer häufig gehen?

Das Gerede vom Versicherungsbetrug nützt der Bundesregierung und dem Frankfurter CDU-Magistrat, die die Spuren zu ihrer Politik verwischen wollen. Es nützt den Neonazis, die ihren Terror gegen „unerwünschte“ Ausländer fortsetzen können ... und es nutzt den Versicherungen, die sich weigern, Entschädigungen zu zahlen. (Bis heute hat der ehemalige Inhaber des türkischen Geschäfts in der Burgstraße keinen Pfennig Entschädigung gesehen.)

Nicht die Versicherungen, sondern wir werden betrogen. Hier hetzt man wieder Deutsche gegen Ausländer auf, damit die da oben ihr Stüppchen gegen uns alle kochen können.

Am 11. und 12. Februar trafen sich in Frankfurt etwa 40 Vertreter von Initiativen und anderen Organisationen, die dem Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell“ angehören. Ihr konkretes Anliegen war die Vorbereitung einer bundesweiten Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit, die vom 10. bis zum 17. März in vielen Städten des Bundesgebietes und in Westberlin stattfinden wird. Im Mittelpunkt steht für die Organisationen der Widerstand gegen die Ausländerverdrängungspolitik großen Stils, die zu den Plänen der Bundesregierung gehört, und gegen die gesamte reaktionäre Neufassung der Ausländergesetze, die in diesem Jahr vom Bundestag beschlossen werden soll.

Der Koordinationsausschuß verabschiedete einen Aufruf zur Aktionswoche, den wir auf dieser Seite im Wortlaut wiedergeben. Für die lokale Werbung wird den Initiativen ein Plakat zur Verfügung gestellt, das noch in dieser Woche verschickt werden soll.

Aus den verschiedenen

Bundesweite Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit 10. — 17. März

Berichten ergab sich, daß bereits jetzt in etlichen Orten eine rege Beteiligung an der Aktionswoche feststeht. Dabei gibt es regionale und auch örtliche Unterschiede, entsprechend dem Stand, den die Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit und ausländerfeindliche Politik jeweils erreicht hat. Gemessen an der bisherigen Situation in der Bundesrepublik und Westberlin kann man feststellen, daß nach dem Frankfurter Kongreß im letzten Jahr und der Verabschiedung des „Frankfurter Appells“ diese Bewegung vorangekommen ist und Verbindungen der Initiativen untereinander hergestellt bzw. gefestigt wurden.

Zum Abschluß der Aktionswoche finden Demonstrationen und Großkundgebungen in Köln, Stuttgart und Westberlin statt (jeweils Samstag, 17. März um 11 Uhr). Die Initiativen in den umliegenden Orten werden aufgerufen, diese Demonstrationen zu unterstützen und nach Kräften dorthin zu mobilisieren.

Der Koordinationsausschuß empfiehlt den Initiativen in

Hamburg und Frankfurt, zu prüfen, ob auch dort eine solche Demonstration durchgeführt werden kann.

In Hannover wird am 17.3. ein Tribunal zur Ausländerpolitik stattfinden, das von 38 deutschen und ausländischen Organisationen unterstützt wird.

Nicht überall steht das genaue Programm der Woche bzw. der Tage, an denen im Rahmen der Woche dort etwas läuft, schon im einzelnen fest. Hier ist auch nicht der Platz, alle Aktivitäten aufzuzählen.

Die anwesenden Organisationen einigten sich noch darauf, daß in möglichst allen Städten am 17. März zum gleichen Zeitpunkt eine Aktion stattfinden soll, und zwar von 11.55 Uhr bis 12 Uhr. Stichwort: „Krawall gegen Ausländerverdrängungspolitik“. Also lauter, auffällige Aktionen. Einer von mehreren Vorschlägen: „Die Axt ... ersetzt den Zimmermann“ — man zerhackt einen auffälligen hölzernen Gegenstand, der vorher mit den Stichworten „Zimmermannsche Ausländerpolitik“ gekennzeichnet wurde.

Der Koordinationsausschuß empfiehlt den Initiativen in

net wurde.

Eine Übergabe der Unterschriften, die unter den „Frankfurter Appell“ gesammelt wurden (Stand zur Zeit: etwa 15.000), wird nicht im Rahmen der Aktionswoche stattfinden. Sie soll im Rahmen einer zentralen Aktion Ende Mai/Anfang Juni in Bonn erfolgen. Dabei sollen gleichzeitig die Unterschriften, die unter den „Kölner Appell“ gesammelt wurden, sowie die des Bochumer Aufrufs der Hochschullehrer übergeben werden.

Am Wochenende 7./8. April wird in Frankfurt eine Aktionskonferenz stattfinden, die dieser Aktion gewidmet ist. An den einzelnen Orten und in den Regionen gilt es jetzt schon zu prüfen, was dabei geleistet werden kann. Unter anderem geht es darum, abzuklären, ob unter den heutigen Bedingungen die Idee eines „Stafettenmarsches“ auf Bonn, die im letzten Jahr bereits im Gespräch war, wieder aufgenommen und realisiert werden kann.

Der Koordinationsausschuß betonte die Notwendigkeit, mobilisierend in die Gewerkschaften hineinzuwirken. Die verschiedenen Initiativen wollen je nach Möglichkeit auch dazu beitragen, daß im Rahmen des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich die Bedeutung der Ausländerfrage klargemacht wird. Ebenso bestand Einigkeit über eine Beteiligung an den Aktionen des 1. Mai.

Das Frankfurter Koordinationsbüro wurde beauftragt, zu der Konferenz im April konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Die örtlichen Initiativen sind aufgerufen, das Büro über die Entwicklung am Ort auf dem Laufenden zu halten. Informationen, Anfragen usw. an: Koordinationsbüro Frankfurter Appell, Mainzer Landstraße 239 - 241, 6000 Frankfurt, Tel.: (0611) 73 78 98 (Mittwochs 17 bis 20 Uhr, während der Aktionswoche täglich.)

Die KPD unterstützt die Aktionen. Wir rufen unsere Leser auf, sich an den Aktionen in ihrer Stadt zu beteiligen.

Näheres über die Aktionswoche sowie über die jüngsten Beschlüsse und Konzepte der Bundestagsparteien und der Regierung zur Ausländerpolitik bringt der „Rote Morgen“ in den folgenden Wochen.

D. L.

Aufruf zur Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit vom 10. — 17. März 1984

- Keiner schiebt uns ab!
- Arbeitsplätze statt Ausländerhetze!
- Deutsche und Ausländer: Gleiche Rechte!
- Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung ein neues Ausländergesetz verabschieden. Es soll die Diskriminierung der ausländischen Bevölkerung um ein weiteres verschärfen. Es dient einer brutalen „Ausländer-raus“-Politik, deren Ziel es ist, bis 1990 mindestens 2 Millionen Menschen aus der Bundesrepublik zu vertreiben.
- Bundesinnenminister Zimmermann und die hinter ihm stehenden politischen Kräfte wollen die hier lebenden ausländischen Bürger unter ein Ausnahme-recht stellen, wie dies sonst in rechten Diktaturen üblich ist.
- Dies ist eine Bedrohung nicht nur für die ausländische Bevölkerung; es ist eine Bedrohung für alle Demokraten. Denn wer heute die Rechte der ausländischen Minderheit vernichtet, wird morgen nicht davor zurückschrecken, die demokratischen Freiheiten anderer Bevölkerungsgruppen zu beseitigen.
- Die staatliche Ausländerpolitik geht uns alle an! Wir rufen daher auf zu einer bundesweiten Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit, die wir zu einer Woche des gemeinsamen Widerstandes gegen diese undemokratische und menschenverachtende Politik machen wollen.
- Mit dieser Woche fordern wir eine Politik, die den in der Bundesrepublik lebenden Ausländerinnen und Ausländern die volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert.
- Gleichberechtigung heißt für uns:
 - Uneingeschränktes Niederlassungsrecht für alle in der BRD lebenden Ausländer.
- Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Familien seit Jahren oder Jahrzehnten in diesem Land leben. Viele sind hier eingewandert, viele sind hier

geboren oder aufgewachsen. Es ist ihr Recht, solange hier zu bleiben, wie sie es wollen.

Schluß mit der Politik der Ausweisung und Abschiebung!

• Das uneingeschränkte Recht, mit den Familienangehörigen in der Bundesrepublik zusammenzuleben. Alle Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung müssen aufgehoben werden!

• Die volle rechtliche, soziale und politische Gleichstellung mit den Staatsbürgern der Bundesrepublik.

Kein Arbeitsplatzverbot, freie Wahl des Arbeitsplatzes, das Recht auf uneingeschränkte politische Betätigung einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts.

Das diskriminierende Ausländergesetz muß verschwinden!

Wir sind gegen eine erzwungene „Eindeutschung“.

Niemand darf diskriminiert werden, weil er sich der herrschenden Kultur nicht anpassen will. Diese Gesellschaft kann von den progressiven Elementen der anderen Kulturen nur profitieren. Dies setzt voraus, daß ihre Unterdrückung unterbleibt, ihre Entfaltung gesichert und ihre Weiterentwicklung aktiv unterstützt wird.

Wir fordern außerdem:

• Uneingeschränktes Anwendung des Grundrechts auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes für politische Flüchtlinge. Weg mit dem Arbeitsverbot für Asylsuchende; keine Internierung von Asylsuchenden in Sammelinternierungslagern; weg mit der Zwangsarbeit für Asylsuchende; keine Abschiebung von Asylsuchenden in ihr Heimatland; keine Weitergabe der Daten von Asylsuchenden oder Arbeitsmigranten an die Geheimdienste weder des In- noch des Auslandes!

Kühnen treibt sich herum

Im folgenden ein Nachtrag zu den Aktivitäten der Kühnen-Truppe, die weiterhin fleißig am Wirken ist, recht unbeeindruckt vom Verbot ihrer terroristischen Aktionsfront.

Am 7. Januar trafen sich etwa 100 Neonazis aus der ANS/NA und ihrem Umkreis, unter ihnen die ANS-Führer Michael Kühnen und Thomas Brehl, in Bielefeld. Die Polizei beobachtete den Nazi-Aufmarsch, schritt aber nicht ein — denn die Versammlung war als Mitgliederversammlung der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HGN) angemeldet. Das ist eine der vielen faschistischen Vereinigungen, die nicht verboten sind; dabei ist gerade diese schon immer in weiten Teilen identisch mit der Kühnen-Truppe.

Feuer in Wohnung von Grüne-Abgeordneten

Am Abend des 6. Februar legten Unbekannte einen Brand vor dem Haus in der Neuhofstraße 42, in dem die Bundestagsabgeordnete der Grünen Jutta Ditfurth und Manfred Zieran wohnen. Die Täter entzündeten größere Mengen von Sperrmüll in der Hofeinfahrt. Bei dem Brand wurde der Fußboden einer Wohnung im ersten Stock des Vorderhauses versengt. Die schwere Holztür vor der Einfahrt wurde zerstört, ebenso die Briefkästen und die Klingelanlage des Hauses. Jutta von Ditfurth erklärte, es habe bereits vor einem Jahr einen Brandanschlag auf das Haus gegeben. Damals wurde im Treppenhaus direkt vor der Wohnungstür Feuer gelegt.

In der Nacht vor dem Nazi-Treffen schändeten „unbekannte Täter“ — Preisfrage: Wozu mögen die wohl gehören? — eine Gedenkstätte für die Opfer der rassistischen Greuel der Hitlerfaschisten. Sie rissen eine Gedenktafel aus ihrer Verankerung vor der Turnerstraße 5 - 7, wo früher eine Synagoge gestanden hatte, und warfen damit anschließend die Schaufensterscheibe des „Gesundheitsladens“ ein, der schon mehrmals das Angriffsziel der Neonazis gewesen ist. Bereits vor einigen Monaten wurde dort die Scheibe zerstört, mehrmals fanden sich dort — wie auch an den Häusern der Umgebung — Aufkleber der Wiking-Jugend, einer anderen militanten Nazi-truppe mit traditionell guten Verbindungen zur ANS/NA. Auch die Gedenktafel war bereits 1980 Ziel faschistischer Schändung. Bei dem damals vergeblichen Versuch, die Tafel herauszubringen, hatten sie sie erheblich beschädigt.

Am 13. Januar durchsuchte die Bielefelder Kriminalpolizei die Wohnungen dreier Neonazis in Bielefeld, Minden und Steinhagen. Diese Durchsuchung geschah im Zuge polizeilicher Ermittlungen nach einem Nazitreffen, bei dem am 20. November 1983 in einem Mindener Café mehrere Personen Nazilieder gesungen und sich mit „Heil Hitler“ begrüßt hatten. Einige hatten Tarnjacken mit ANS/NA-Aufnähten getragen. (Alle sind auf freiem Fuß.) Bei der Polizeiaktion am 13.1. wurden 100 Schuß Übungsmunition, zwei scharfe Gewehrpatronen, eine Pistolenpatrone, Tarnjacken und mehrere faschistische Hetzschriften gefunden. Auch diese Nazis laufen weiter frei herum.

Nach faschistischer Provokation gegen Demonstrationen:

Dortmunder Ausländerinitiativen für NPD-Verbot

In einer Besprechung über die Demonstration, an der Vertreter von mehr als einem Dutzend Dortmunder Initiativen und zahlreiche Einzelpersonen teilnahmen, ging es auch um die Auftritte der Nazis. In einem an den Oberbürgermeister, den Polizeipräsidenten und den Landesinnenminister gerichteten offenen Brief nahmen die Organisatoren der Demonstration zu den Vorfällen Stellung. Darin heißt es unter anderem:

„Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, kam es anlässlich dieser Demonstration zu einem unerhörten Auftritt von Neonazis. (...) Daß ein derartiger Auftritt bewaffneter Faschisten überhaupt möglich ist, empfinden wir als skandalös! Über diesen Vorfall kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Hier sind einschneidende Konsequenzen notwendig.“

Als in Dortmund am 28. Januar eine Demonstration von 700 Menschen verschiedenster Nationalität gegen Ausländerfeindlichkeit stattfand, hatten die Neonazis mobil gemacht. Aus verschiedensten Städten reisten sie an, und auch Mitglieder der verbotenen ANS waren dabei. Die Polizei, die diesmal keine gewaltsame Auseinandersetzung zuließ — in Dortmund ist auch das momentane Klima nicht danach, die Polizei ist hier vorsichtig geworden, man läßt den Nazis nicht den freien Raum, den sie lange Zeit hatten — stellte neben anderen Waffen auch schwere Holzschlagstöcke mit dem Aufdruck „ANS“ sicher. (Einige Nazis wurden festgenommen, sind aber wieder frei.)

Wir verkennen nicht, daß der Polizeieinsatz am 28. Januar wesentlich dazu beigetragen hat, die faschistischen Schläger im Zaum zu halten und blutige Ausschreitungen dieser Elemente zu verhindern. Aber dies kann uns nicht beruhigen. Wer garantiert, daß die Neonazis nicht bei anderen Gelegenheiten ihre Opfer finden? Wenn die Provokation vom 28. Januar nicht mit drakonischen Maßnahmen beantwortet wird, dann muß man davon ausgehen, daß das Auftreten dieser Elemente immer frecher, hemmungsloser und massiver wird. Wer will das verantworten?

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß an der Provokation vom 28. Januar auch die NPD, der hierzulande ein legaler Status eingeräumt wird, beteiligt war. So wurden von der NPD im Zusammenhang mit unserer Demonstration faschistische und ausländerfeindliche Flugblätter verbreitet und bei den festgenommenen Neonazis wurden NPD-Plakate gefunden. (...) Solange die NPD nicht verboten und die Lokaltäten dieser Partei nicht geschlossen werden — wir nennen hier das Landeszentrum NRW —, solange die Propaganda-

arbeit und Hetze dieser Partei nicht unterbunden wird, solange wird man auch nicht von einer ernsthaften Eindämmung der gefährlichen Umtriebe militanter und terroristischer Gruppen der Neonazis sprechen können!

Die Provokation vom 28. 1. hat erneut gezeigt, daß die von offiziellen Stellen immer wieder vorgetragene Einschätzung, bei den Neonazis handele es sich um unbedeutende Gruppen bzw. um eine politische Randerscheinung, nichts anderes ist, als eine gefährliche Bagatelisierung. Wir bedauern sehr, daß die etablierten politischen Parteien, obwohl wir sie rechtzeitig angesprochen haben, sich weder dazu durchringen konnten, den Demonstrationsaufruf zu unterschreiben noch dazu, die Demonstration in anderer Weise zu unterstützen.

Unsere Meinung ist, daß unter den heutigen Bedingungen von jedem Demokraten und von allen Institutionen mit demokratischem Anspruch erwartet werden muß, daß sie der wachsenden Ausländerfeindlichkeit und den neonazistischen Umtrieben entschieden entgegengetreten.

Schon wieder: „Graue Wölfe“ in Hannover



In Hannover stehen noch immer antifaschistische Demonstrationen vor Gericht, die wegen ihres Auftretens gegen die faschistische türkische Organisation „Graue Wölfe“ im vergangenen Sommer mit Hilfe verlogener Polizeiaussagen kriminalisiert werden sollen, da marschieren die Faschisten schon wieder auf: Am 4. Februar veranstalteten die „Grauen Wölfe“ unter ihrer Tarnbezeichnung „Idealistenverein“ in der Stadthalle von Hannover eine Kundgebung. Wiederum geschützt durch ein massives Polizeiaufgebot mit Wasserwerfern und Hundestaffeln. Wiederum aber gaben auch Hunderte Demonstranten zu erkennen, daß diesem von der niedersächsischen Landesregierung geförderten Treiben Widerstand entgegengesetzt wird.

Warum Rote Hilfe?

Ein Beitrag von Almut Euler, Mitglied des RHD-Vorstandes

Zunächst mal ganz einfach: weil Rote Hilfe nötig ist. Das gilt heute soviel wie vor 10 Jahren, als die Rote Hilfe entstand. Rote Hilfe, d.h. die solidarische Unterstützung politisch Verfolgter ist notwendig, weil es den Klassenkampf gibt. Nicht nur den Kampf der Arbeitenden um bessere Lebensbedingungen, um mehr Freiheit, um Frieden, Demokratie und Sozialismus. Sondern auch die Schläge der herrschenden Klasse gegen die Kämpfenden — die Polizeiknüppel, Verhaftungen, Prozesse, Strafen, Berufsverbote. Es ist nicht möglich, diesen Schlägen im Kampf völlig zu entgehen — bei aller Umsicht, unnötige Opfer zu vermeiden —, es sei denn, wir wollten um der Legalität willen auf die Wirksamkeit politischer Aktionen, auf die Klarheit unserer Aufklärung und Propaganda verzichten.

Wir brauchen uns ja bloß umzusehen. Von den konsequenten Antifaschisten, die den NPD-Parteitag in Fallingbommel verhindern wollten, wurden etliche festgenommen, ihnen drohen Prozesse. Die gleichen Folgen in Krefeld und an anderen Orten, wo die Friedensbewegung nicht bei unverbindlichen „phantasievollen Aktionen“ stehen blieb. Wahlhelfer der Volksfront mußten zigtausende Mark Strafen und Prozeßkosten zahlen, weil Strauß sich angegriffen fühlte. Auch einige der Solidaritätsaktionen für unsere gefangenen Genossen in der DDR wurden mit Geldstrafen verfolgt. Und, als letztes von zahllosen möglichen Beispielen seien die beiden ehemaligen Heidelberger Studenten genannt, die zur Zeit in bayrischen

Gefängnissen sitzen, weil sie vor Jahren an Kämpfen gegen neue Prüfungsordnungen etc. beteiligt waren. Wir sind es uns allen schuldig — einer dem anderen — daß wir uns um die Solidarität kümmern, sie so wirksam und dauerhaft organisieren, daß auch die Mittel zur Hilfe da sind, wenn sie gebraucht werden. Wir sind es denjenigen schuldig, denen wir gesagt haben: Komm mit uns, kämpfe mit, gegen diese Betriebschließung, gegen jene Nazisammlung. Er kann doch nur dann sich einsetzen, wenn er weiß, daß er eventuelle Folgen nicht allein tragen muß. Wir alle brauchen zum Kampf die Solidarität, die uns den Rücken freihält. Wenigstens soweit das heute in unseren Kräften steht, müssen wir die

Folgen politischer Verfolgung mildern. Wenigstens finanziell.

Also, Rote Hilfe ist nötig. Das Mindeste, was gebraucht wird, ist ein Solidaritätsfonds, eine Kasse, in die alle die einzahlen — wenigstens die! — die organisiert und bewußt kämpfen. Und aus der dann der einzelne unterstützt wird, der Hilfe braucht.

Die Rote Hilfe Deutschlands ist heute bundesweit ein solcher Solidaritätsfonds. Sie ist an einigen wenigen Orten mehr, da nämlich, wo es noch aktive Rote-Hilfe-Mitglieder gibt, die Sammlungen organisieren, Flohmärkte, Solidaritätsveranstaltungen etc. Vor allem dem großen Einsatz der wenigen ist es zu verdanken, daß die Rote Hilfe Deutschlands in den fast zehn Jahren ihres Bestehens bisher 650.000 Mark aufgebracht hat. Ohne sie wäre die RHD heute schon längst zahlungsunfähig. Weil sie nämlich viel zu wenig Mitglieder hat, um aus den Beiträgen allein die Hilfe leisten zu können, die notwendig ist.

Als die RHD gegründet wurde, galt es noch als selbstverständlich, daß jeder Kommunist Mitglied der Solidaritätsorganisation sein sollte. Heute ist diese Selbstverständlichkeit leider verloren gegan-

gen. Es soll sogar Genossen geben, die sich erst dann an die RHD erinnern, wenn sie Unterstützung brauchen. Es ist nur zu verständlich, daß die RHD da nicht mehr mitmacht, daß sie Unterstützungen nur noch an zahlende Mitglieder auszahlt, ausgenommen solche Menschen, denen die RHD bis dahin unbekannt war.

Es ist falsch, die RHD als Solidaritätsorganisation einfach zu vergessen. Und auch einige Vorbehalte, die Genossen gegenüber dem Beitritt zur RHD haben, scheinen uns nicht berechtigt. Es gibt heute keinen überzogenen Anspruch der RHD mehr, die Massenorganisation auf dem Gebiet der Solidarität zu sein. Auch die Organisationsstruktur wird in der Praxis so einfach wie möglich gehandhabt. Daß die RHD an dem Prinzip der Überparteilichkeit festhält, ist klar, es wäre aber nicht fair, hier größere Fortschritte zu erwarten als sie die Einheitsfront im Kampf macht. Der einzige Anspruch, den die RHD an sich stellt, ist, daß sie ihre Aufgabe erfüllt, politisch Verfolgten zu helfen. Und die erfüllt sie. Trotz des kalten Windes, der ihr seit einiger Zeit ins Gesicht bläst. Wir sollten lieber dazu beitragen, daß daraus wieder ein Rückenwind wird!

Im Grunde ist die Sache mit der Roten Hilfe ganz einfach. Sie funktioniert nach dem Motto: Einer für alle — alle für einen. Wer Mitglied wird, verpflichtet sich zu nichts weiter als zur regelmäßigen Beitragszah-

lung. Mindestens 24,— DM im Jahr. Freiwillige höhere Beiträge sind erwünscht. Im Beitrag enthalten ist der Bezug eines vierteljährlich erscheinenden Mitteilungsblattes, in dem vor allem über die Verwendung der

Gelder Auskunft gegeben wird. Werdet Mitglied in der Roten Hilfe Deutschlands! Oder, sofern ihr es seid, sichert eure Beitragszahlung durch Beteiligung am Bankabzugsverfahren.

An die Rote Hilfe Deutschlands e.V.
Postfach 210309
2800 Bremen 21

Hiermit erkläre(e) ich (wir) meinen (unseren) Beitritt zur Roten Hilfe Deutschlands e.V. Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe Deutschlands jederzeit widerruflich, die von mir (und meinen Angehörigen) zu entrichtenden Beitragszahlungen in Höhe von

- monatlich DM.....
- vierteljährlich DM.....
- halbjährlich DM..... (Zutreffendes bitte ankreuzen)
- jährlich DM.....

jeweils zu Beginn des Fälligkeitszeitraums zu Lasten meines (unseres) hierunter angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen.

Für wiedereintretende ehemalige Mitglieder:

- Ich bin ferner mit der einmaligen Einziehung von DM..... zum Ausgleich rückständiger Beiträge einverstanden.

Name und Anschrift des Mitglieds/der Mitglieder:

Bankleitzahl:

Konto-Nr.:

Name und Ort des kontoführenden Geldinstituts:

Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Wenn das angegebene Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Ort, Datum)

(Unterschrift/en)

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + +

Keine Neuigkeit?

Liebe Genossen,
Betrifft: RM-Nr. 49 vom 9. Dezember 1983, Seite 9, Resolution zum antifaschistisch-demokratischen Kampf

Nach Verlauf der Zusammenfassung der genannten Resolution, konnten die anwesenden Zellenmitglieder keine nennenswerten Neuigkeiten entnehmen.

Vielmehr betrachteten die anwesenden Genossen, eine Wiederholung und Zusammenfassung dessen, was die Partei schon in anderen Artikeln geschrieben hat.

Wir hätten es für sinnvoller gehalten, wenn die Resolution auch die organisatorischen Schritte benannt hätte die für die Volksfront als notwendig betrachtet werden.

Kampf für die 35-Std.-Woche bei vollem Lohn

Liebe Genossen!
Bei der öffentlichen Auseinandersetzung um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entsteht der Eindruck, als ginge es darum, wer das bessere Konzept hat: Die Befürworter der 35-Stunden-Woche (Gewerkschaften usw.), oder die Kapitalisten, bürgerliche Politiker, die auf andere Rezepte schwören (Aufschwung, Lebensarbeitszeitverkürzung usw.). Dieser Hick-Hack (wer weiß es besser?) stiftet bei den Ar-

beitern Verwirrung und provoziert eine Ablehnung, sich in diese Besserwisserie einzumischen.

In Wirklichkeit geht es aber hier doch um die Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern bzw. Liebhabern der Arbeitslosigkeit (Kapital) und den Gegnern der Arbeitslosigkeit. Diese harte und klare Frontstellung wird leider von den Gewerkschaften so gut wie gar nicht aufgezeigt. Die Kapitalisten wollen die Arbeitslosigkeit und tun nur so, als wollten sie auch was dagegen tun (natürlich auf ihre Art). Auch in unserer Argumentation streichen wir den Punkt, daß die Kapitalisten ein massives Interesse an der Arbeitslosigkeit haben, leider nicht klar genug heraus! Z.B. in der Flugblattserie (RM 2/84) werden an erster Stelle (und gut) die Scheinargumente der Unternehmer widerlegt, und erst am Schluß wird bescheiden darauf hingewiesen, daß diese Argumente ja von Leuten stammen, die an der Arbeitslosigkeit verdienen. Der entscheidende Hebel ist: traut den Argumenten der Unternehmer nicht — sie wollen Arbeitslosigkeit! Rot Front! Genossen aus Oberfranken

Ein Brief aus der Türkei

Liebe Genossen, den folgenden Brief habe ich aus der Türkei erhalten. Ich möchte, daß ihr ihn abdruckt, um zu zeigen, wie alltäglich die Unterdrückung in der Türkei ist, Familien zerreißt.

„Lieber G.,
komm schnell nach Hause. Dein Bruder wird gefoltert. Sie wollen dich haben. Wenn Du nicht kommst, werden sie mich holen. Die Gendarmeriewache wollte mich haben, aber der Dorfvorsteher hat mich verteidigt. Es wurde keiner benachrichtigt. Er wird gefoltert.“

Ich kann nicht mehr aushalten. Wenn ich sage, daß ich mich scheiden lasse, werden sie mich freilassen. Das Leben meines Bruders ist verloren. Die Kinder sind auch im Elend. Komm ganz schnell. Solange Du nicht kommst, werden sie mich und Deinen Bruder nicht loslassen. Danke, daß durch Dich so viel auf uns gekommen ist. Sie sagen, ich soll Dich kommen lassen, sonst werden sie uns beide nicht freilassen.

Deine Mutter sagt, Deine beiden Augen sollen blind werden. Diesen Brief schreibe ich in Anwesenheit des Wachmeisters und er hat ihn gelesen. Dann habe ich den Brief in den Briefumschlag gesteckt. Er sagt, wenn Du nicht kommst, wird er Deine Mutter zum Weinen bringen. Komm schnell, warte nicht. Alles ist Deinetwegen geschehen.“
G. aus Hattingen

Im Gegenteil

Betrifft Leserbrief in RM 6/84
Zum Abdruck von Texten von Luxemburg und Lenin im RM haben wir eine gänzlich andere Meinung als in jenem Leserbrief vertreten. Das ist kein Zeichen für eine Verschlechterung des RM, sondern wir

finden das gut. Sowohl für neue Genossen und Leser als Art Einführung, als auch für solche, die schon länger „dabei“ sind als Auffrischung. Und es sind ja keine xbeliebigen Texte, sondern solche zu Fragen, die jetzt oder demnächst in der Partei diskutiert werden.
Zelle Dortmund-Innenstadt

RHD

Haben wir eigentlich ein besonderes Talent dafür, das Kind mit dem Bade auszuschütten? Oder — Warum jeder Leser des „Roten Morgen“ Mitglied der Roten Hilfe sein sollte!

Nie zuvor ist uns die Notwendigkeit der RHD so deutlich geworden, wie in den letzten drei Jahren. In der Zeit nämlich, wo die RHD bei uns am Ort nicht mehr existiert hat.

Über 10000 DM Strafe, Prozeß- und Anwaltskosten mußten wir aufbringen, weil wir Strauß im Wahlkampf etwas zu nahe getreten sind. Davon mußten wir den größten Teil am Ort aufbringen, weil die RHD bald ihre Zahlung „mangels Masse“ einstellen mußte.

Trotz der Solidarität am Ort hat uns das viel, viel Mühe gekostet und die Zeit, die darüber vergangen ist, ist sehr lang. In ca. drei Monaten sind wir nun endlich damit durch. Und ehrlich, bald magst'e auch nicht mehr damit kommen bei den Freunden und Genossen.

Bevor hier am Ort die Volksfront gegründet wurde, hatten wir in den Spitzenzeiten 65 Mitglieder in der RHD, dann ging es rapide den Berg

runter. Und das ist an vielen anderen Orten auch der Fall. — Ist denn durch die Existenz der Volksfront die RHD weniger wichtig geworden? — Keiner wird dies ernsthaft behaupten. Trotzdem haben wir wohl ein falsches Verständnis von der RHD.

Wenn etwas nicht so „riesig“ ist, wie wir es uns in unserer „revolutionären“ Fantasie vorstellen, schmeißen wir es dann ganz in die Ecke?

Ohne konkret zu werden, möchte ich feststellen, daß sich die Tendenzen bei vielen Genossen häufig wieder abzeichnen. Aktuelles Thema: „Volksfront“. Aber dazu an anderer Stelle.

Nun gab und gibt es Genossen in der RHD, die an ihrer Verpflichtung gegenüber der RHD als Solidaritätsorganisation festgehalten haben, und so dafür gesorgt haben, daß die RHD heute noch besteht und sie so umgestaltet wurde, daß jedes Mitglied sein kann, der erkannt hat, daß die Organisation der Solidarität ein Teil des Klassenkampfes ist.

Nach dem Motto „Einer für alle — alle für einen“ sollten auch wir uns überlegen, wie wir vor allem finanziell dazu beitragen können, daß die RHD in der Zukunft wieder mehr Hilfe leisten kann, als in den letzten Jahren.

Weil mir bekannt ist, daß ein großer Teil der Leser des „Roten Morgen“ nicht mehr oder noch nicht Mitglied der RHD ist, möchte ich auf diesem Wege alle auffordern auch dann in die RHD einzutreten,

wenn es am Ort keine RHD-Gruppe gibt, also Einzelmöglichkeit zu werden. Wir haben dies bei uns am Ort endlich auch gemacht und lassen unsere Beiträge 1/4- oder halbjährlich vom Konto abbuchen.

Dies scheint mir, in der derzeitigen Klassenkampfsituation der einzig realistische Weg zu sein. (Vielleicht geht's auch noch einfacher z.B. durch Kollektivmitgliedschaft). Ich möchte mich auf diesem Wege bei allen Genossinnen und Genossen bedanken, die sich nicht irritieren lassen haben, für die geleistete Arbeit in der RHD.

Mit solidarischerem Gruß
C. H., Lübeck

P.S.: Der Leserbrief ist bereits vor dem Erscheinen des RM mit dem Artikel über die RHD von mir geschrieben. Und ich möchte jetzt anmerken, daß der RM und damit die KPD so billig nicht davonkommen sollte. D.h. wieder einmal nur Almut Euler zu zitieren. Ich möchte doch darum bitten, daß ihr in nächster Zeit selbst einmal ein bißchen ausführlicher den heutigen Standpunkt der Partei zur RHD formuliert.

Ich möchte mit einem Zitat von B. Brecht schließen: Auszug aus dem Gedicht: Regeln für den Verkehr mit solchen, die sich mit großen Gegenständen befassen.

„Es ist gut, das Kleine im Großen zu suchen. Aber vergiß auch nicht das Große im Kleinen.“
B.B., Gesamtwerk, Gedichte 2, S. 572

Kein Schutz gegen ABC-Waffen

Volkskorrespondenz aus Niedersachsen

Durch laute Sirenentöne, die von Zeit zu Zeit die Bürger aufschrecken, soll die Bevölkerung an Verhaltensregeln bei Katastrophen erinnert werden: 1 Minute Heulton = Luftangriff oder Feuerwaffenbeschuß. Das bedeutet: Sofort Rundfunk einschalten und auf Durchsagen achten. 1 Minute Heulton — zweimal unterbrochen, nach 30 Sekunden Pause — Wiederholung = ABC-Alarm. Das heißt: Unmittelbare Gefahr von radioaktiven Niederschlägen, biologischen oder chemischen Kampfstoffen. Suchen Sie sofort einen Schutzraum, Behelfsschutzraum oder notfalls einen geschlossenen Raum in einem Gebäude auf. Bleiben Sie nicht im Freien, auch nicht in Ihrem Fahrzeug.

Wohlgermerkt soll, denn kaum einer der Normalbürger weiß, was die einzelnen Sirensignale bedeuten. Und da dieser Probealarm zur psychologischen Vorbereitung auf den Tag X allein nicht ausreicht, wird in regelmäßigen Abständen in Zivilschutzübungen und anderen Broschüren Propaganda für den Selbstschutz und die „Vorsorge“ betrieben, damit das Volk für einen Atomkrieg „gerüstet“ ist.

Mir flatterten gleich zwei solcher Broschüren ins Haus. Einmal die Broschüre „Ihr Vorsorge-Paket“, herausgegeben vom Bundesverband für den Selbstschutz und ein Heftchen „Der Longlife-Notvorrat“, von einer Versand-Firma verschickt. In der Broschüre des Bundesverbandes für den Selbstschutz werden dem Bürger eine Menge Hinweise gegeben, was alles zum Notgepack und zur Vorsorge gehört, um „überleben“ zu können. Vorsorgemaßnahmen für den Ausfall von Energie, Heizung, Beleuchtung, Lebensmittel, Trinkwasser, Hygiene, Hausapotheke, Kleidung, Decken, Dokumentenmappe, bis hin zur Brechstange, Spaten, Meißel und Rettungsleiter — alles ist aufgezählt.

Es ist klar, diese Mittel sollen dazuhelfen, die Bevölkerung in Sicherheit zu wiegen. Das hört

sich dann so an:

„Immer wieder hört man die Behauptung „in einem Atomkrieg gibt es keinen Schutz!“ Das stimmt nicht. Diese Behauptung wäre nur dann richtig, wenn man sich einen Krieg vorstellt, in dem ein Land mit einem dichten Teppich von Atombomben belegt würde. In einem solchen Fall, wenn sich die Radien der totalen Zerstörung überschneiden, dann gäbe es tatsächlich keinen Schutz mehr. Durch eine solche Verwüstung und radioaktive Verseuchung aber würde nicht nur ein Land, sondern unter Umständen sogar ein ganzer Erdteil auf lange Zeit unbewohnbar gemacht. Das aber kann nicht das Ziel eines Gegners sein, und darum ist diese Vorstellung unrealistisch. Gegen alle anderen Formen eines Krieges aber, gleich, ob er mit ABC- oder konventionellen Waffen geführt wird, gibt es wirkungsvolle Vorsorge- und Schutzmaßnahmen.“

Die wirkungsvollste aller Schutzmaßnahmen ist zweifellos der Hausschutzraum. Er schützt gegen herabfallende Trümmer, radioaktive Niederschläge, Brandeinwirkungen und biologische und chemische Kampfstoffe.

Natürlich kostet ein Schutzraum etwas, aber bei weitem nicht so viel wie allgemein angenommen wird. Der Staat gibt nämlich für den Bau von Schutzräumen einen Zuschuß. Die Höhe richtet sich nach der Größe des Schutzraums. Für den kleinsten Schutzraum, den für sieben Personen, gibt er 4900 DM, für eine 50-Personen-Schutzraum 16800 DM. Kosten, die durch die Erstellung eines Schutzraumes entstehen und nicht durch diesen Zuschuß gedeckt werden, können in den 10 Jahren nach der Fertigstellung abgeschrieben werden.“

Diese angepriesenen „Schutz“-räume sind gleich null, denn sie bieten lediglich den Schutz, nicht in die direkte Strahlenverbrennung zu kommen. — Und danach?

Westdeutsche Physiker er-

klärten zur Chance, im Atomkrieg zu überleben: Selbstschutz ist nicht überflüssig, aber von äußerst begrenzter Wirksamkeit und nur mit solch außerordentlich hohen Mitteln zu erreichen, wie sie niemals für den einzelnen Bundesbürger zur Verfügung stehen werden.

Diese außerordentlich hohen Mittel sind nur für die Reichen und für Regierungsbunker da, das Volk kann krepieren. Und wer noch Glück hat, in einen Schutzraum wie die wenigen „sicheren“ Großbunker, Tiefgaragen oder unterirdische Verkehrsanlagen zu gelangen, wird danach nur noch Tage oder Wochen bis zum Tod vegetieren.

Alle „Vorsorge“-Maßnahmen, -informationen und -ratschläge sind also Täuschung und Irreführung. Sie sollen den Atomkrieg verniedlichen, die

Bevölkerung und ihren Widerstandswillen einschläfern und sie darauf vorbereiten, einen atomaren Krieg auf sich zu nehmen.

Der einzige echte und wirksame Schutz vor dem Atomkrieg ist und bleibt, den Atomkrieg nicht zur Wirklichkeit werden zu lassen. Der 17. Juni, der Tag, an dem im ganzen Bundesgebiet eine Volkszählung gegen die Aufstellung der Pershing 2 und Cruise Missiles stattfinden soll, muß deshalb ein Kampftag gegen den Atomkrieg werden. Alle Parteimitglieder und Funktionäre sollten daher schon jetzt Möglichkeiten und Formen besprechen, wie die Volkszählung am 17. Juni von der KPD, ihren Zellen und Genossen unterstützt und durchgeführt werden kann.

Karton 13: 6 Dosen Naturbel. Weizen
Karton 14: 6 Dosen Naturbel. Weizen

Preis pro Tagesration DM 7.59
(ca. 365 Tagesrationen im Basis-Pack)

Eine einzelne Mahlzeit vom „LONGLIFE“-Notvorrat kostet also nur ca. DM 2,50!

Gesamt-Preis Basis-Pack (inkl. MWSt) DM 2.772,—



In dem Heftchen „Der LONGLIFE-Notvorrat“ werden Lebensmittel in Dosen mit einer Haltbarkeit von 15 Jahren angeboten. Hier macht offenbar eine findige Firma mit der Angst der Menschen ihr Geschäft. Da heißt es in der Einleitung: „Täglich lesen wir in den Zeitungen Nachrichten über Revolutionen, Katastrophen, steigende Inflation, Arbeitslosigkeit und unsere Wirtschaftslage. Eine vernünftige, umfängliche und vollwertige Vorratshaltung ist deshalb sicherlich keine Luxusinvestition; — heute vielmehr ein Gebot der Stunde.“



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ...

Die Zahlung erfolgt: jährlich 60 DM halbjährlich 30 DM

Ich lege Post-/Bankscheck bei über DM ...

Ich habe den Betrag von DM ... an den Verlag überwiesen

Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ...

Straße ...

PLZ/Ort ...

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto. Nr. 321000290

(Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Arbeiterpolitik

in Betrieb und Gewerkschaft

Jede Woche neu!

- unterstützt
- dokumentiert
- analysiert
- und kritisiert



ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Die Reaktionen der führenden Unionspolitiker auf diese neue Konkurrenz von rechts waren bislang bemerkenswert zurückhaltend. Über eine interessante Episode in diesem Zusammenhang berichtete der „Spiegel“. Danach hatte Bundespräsident Carstens bei einer Wanderung durch den Bayerischen Wald unter den Mitläufern, die sich ihm dort anschlossen, den Bundestagsabgeordneten Franz Handlos vermisst, der in einem Wahlkreis dieser Region mit dem BRD-Rekord von 73,6 Prozent der Erststimmen auf der CSU-Liste ins Bonner Parlament gewählt worden war.

Handlos — gerade aus der CSU ausgetreten und mit der Formierung seiner eigenen Partei beschäftigt — hatte dem CDU-Präsidenten offenbar eine möglicherweise peinliche öffentliche Begegnung ersparen wollen. Carstens jedoch rief den Dissidenten wenig später persönlich an und versicherte ihm ausdrücklich, er betrachte dessen Abkehr von der Union „gelassen“. Solche Gelassenheit und Zurückhaltung gegenüber den „Spalttern“ Handlos und Voigt wird verständlicher, wenn man die offenkundigen Parallelen berücksichtigt, die zwischen dem Unternehmen „Die Republikaner“ und parteitaktischen Manövern des F.J. Strauß in den siebziger Jahren besteht.

Projekt „Vierte Partei“

Strauß hatte am 19. November 1976 innerhalb der CSU den sogenannten Kreuther Beschluß durchgesetzt, nach dem im gerade gewählten 8. Bundestag die Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU nicht mehr fortgesetzt werden sollte. Damit erreichte seinerzeit die Diskussion um eine von Strauß immer wieder ins Spiel gebrachte „vierte Partei“ — einer Ausdehnung der CSU auf die gesamte Bundesrepublik — ihren Höhepunkt. Das Projekt „vierte Partei“ war unter mehreren Gesichtspunkten betrieben worden. Zum einen sollte damit ein Sammelbecken extrem reaktionärer bis offen faschistischer Elemente geschaffen werden, das ausdrücklich einen aktivistischen, auf außerparlamentarische Mobilisierung gegen die damalige sozial-liberale Regierung orientierten Charakter haben sollte.

Zum anderen sollte diese Partei aber auch ein Auffangbecken für Unzufriedene sein. Strauß äußerte sich dazu am 3. 12. 1976 vor dem Wirtschaftsrat der CDU: „Wir müssen merken, daß politische Kräfte im Entstehen begriffen sind. Entweder werden die heutigen politischen Parteien diesen neuen Kräften eine Heimat bieten, oder es wird die heutige Parteienlandschaft in zehn Jahren nicht mehr existieren.“ Es handelte sich also auch um den Versuch, solchen Kräften eine Scheinalternative zu bieten und die wachsende soziale und politische Unzufriedenheit durch demagogische Methoden auf die Mühlen der äußersten Reaktion zu leiten.

Drittens schließlich sollte die „vierte Partei“ als Partner der CDU auch koalitions- und regierungsfähig sein, was wiederum der CDU die Möglichkeit gegeben hätte, sich gegenüber diesem Partner als gemäßigte Partei der Mitte zu profilieren. Ein weiterer Gesichtspunkt war zweifellos auch die Ausschaltung der FDP als Bundestagspartei, ein Ziel, das namentlich Strauß seit den Tagen der Großen Koalition bis hin zum Sturz

„Die Republikaner“

Neue Partei der extremen Reaktion

In München — ehemals „Hauptstadt der (NS-) Bewegung“ wurde im November von den Bundestagsabgeordneten Handlos und Voigt, die bis zum vergangenen Jahr der CSU angehörten, eine neue ultrareaktionäre Partei gegründet. Sie nennt sich „Die Republikaner“ und ist gegenwärtig dabei, alles einzusammeln, was sich am rechten Rand der Strauß-Partei bewegt.

der Schmidt-Regierung und der „Wende“ kontinuierlich betrieben hat, um der Union das politische Monopol im Lager der Reaktion zu sichern.

Die Vorbereitungen für eine „vierte Partei“ waren damals relativ weit fortgeschritten. Es gab sogenannte Freundeskreise der CSU in allen Bundesländern, zu denen auch einzelne Spitzenfunktionäre aus dem Lager von FDP und SPD gestoßen waren; bei einer Testwahl in

Partei. Alfred Mechttersheimer als Militärpolitiker und ehemaliges CSU-Mitglied durchaus kompetent in dieser Angelegenheit, bezeichnete den WPA als eine „achtzigprozentige NPD-Formation“. Selbst einem Strauß waren die Aktivitäten des WPA unangenehm. So beklagte er sich beispielsweise darüber, daß der Arbeitskreis an Wochenenden Planspiele veranstaltete, wie man Moskau am besten besetzen könne.

unter dem Titel „Ich war dabei“, in denen er seine frühere Tätigkeit als SS-Mann in einer Weise verherrlichte, daß ihn selbst der in dieser Beziehung nicht gerade zimperliche Bayrische Rundfunk vor die Tür setzen mußte. Nach seinem Herauswurf aus dem Bayrischen Rundfunk ist Schönhuber zu einer Kultfigur der faschistischen Szene geworden, die ihn wegen seines „mutigen Bekenntnisses“ zur SS feiert. Mit ihm ist an der

Programme stellen sich die „Republikaner“ demonstrativ auf den Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Sie „bekennt sich dazu, Deutsche zu sein“, die es nicht zulassen wollen, daß „dieses unser Land in die Hände von Extremisten fällt“. Offen faschistische oder rassistische Töne, aber auch eine direkte Hetze gegen die Gewerkschaften oder die Sozialdemokratie werden bewußt vermieden. Dennoch lassen sich unschwer deutliche Berührungspunkte zwischen diesem Programm und dem berüchtigten 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 finden.

Das gilt besonders für die von Hitler so genannten „Eckpfeiler“ des letzteren, die beiden Parolen „Brechung der Zinsknechtschaft“ und „Gemeinnutz vor Eigennutz“. Wie die frühe NSDAP wenden sich auch die „Republikaner“ mit ihrer sozialen Demagogie vorwiegend an den sogenannten Mittelstand. Wo die Nazis demagogisch gegen Wucherer, Schieber und das „raffende Kapital“ auftraten, versprechen die „Republikaner“, daß sie „anonyme Großkonzerne“ zugunsten des Mittelstandes zurückdrängen wollen, wobei sie übrigens den rasanten Konzentrationsprozeß in der BRD-Wirtschaft, in dessen Verlauf immer mehr kleine Unternehmen von den Großen geschluckt werden, als einen Weg in den Sozialismus bezeichnen. (Auch die Nazis hatten ja schon die famose Idee, die Angriffe des Großkapitals auf die Mittelschichten in eine jüdisch-bolschewistische Verschwörung umzufälschen.) Was früher die „Brechung der Zinsknechtschaft“ war, mit der die NSDAP erfolgreich auf Stimmenfang im Lager der stark verschuldeten Teile der Mittelschichten — insbesondere der Bauern — ging, ist bei den „Republikanern“ das Versprechen, ein „staatliches Zinsverbilligungsprogramm“ durchzuführen.

Bei allen demagogischen Ausfällen gegen das „anonyme“ Großkapital ist aber auch das Programm der Republikaner keineswegs gegen irgendwelche

Monopolinteressen gerichtet. Solche Ausfälle sind nur darauf berechnet, antimonopolistischen Stimmungen Rechnung zu tragen. An anderen Stellen des gleichen Programms tauchen denn auch die bekannten Forderungen aus den Katalogen der Unternehmerverbände auf — wie beispielsweise fühlbare Steuererleichterungen, Förderung der Modernisierung des Produktionsapparats, Abbau sogenannter bürokratischer Hemmnisse usw.

„Gemeinnutz vor Eigennutz“

Ebenso wie früher die Nazis geben sich auch die „Republikaner“ bewußt den Anschein einer Bewegung, die außerhalb des traditionellen Parteienspektrums stünde. Sie entfalten eine breite Polemik gegen die „etablierten Parteien“, wie sie im Programm genannt werden, denen insgesamt vorgeworfen wird, den Staat nur als Pfründe für Politiker zu betrachten, die Anliegen der Bürger zu mißachten, die Bürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens zu betreiben, sich in „unwürdigem Parteienzank“ zu zerfleischen usw. Die Schlußfolgerung daraus ist nun natürlich nicht die Forderung nach Demokratie, sondern der Ruf nach dem starken Staat. Auch hier wird ebenso wie mit der Polemik gegen das Großkapital berechnete Kritik und Unzufriedenheit mit dem kapitalistischen System aufgefangen, um sie auf die Mühlen einer extrem reaktionären Politik zu leiten.

Die angeprangerten üblen Erscheinungsformen des Systems werden als Folge des Egoismus von einzelnen hingestellt. Und als angebliche Lösung bietet man getreu der Nazi-Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz“ das Modell einer Volksgemeinschaft an, in der jeder einzelne seine besonderen Interessen dem „allgemeinen Staatsinteresse“ unterzuordnen hat. Nur nennt man das heute anders. Handlos: „Wir reden nicht von Volksgemeinschaft, aber davon, daß es in diesem Staat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gibt. Und wir werden die Pflichten betonen, nicht die Rechte.“ Oder im Programm: „Die Rechte des einzelnen haben ihre Grenzen, wo die Allgemeinheit Schaden leidet. Der Staat hat für konsequentes Handeln im allgemeinen Bürgerinteresse zu sorgen.“

Hinter dem schönen Wort von der Allgemeinheit verbirgt sich aber auch nur ein besonderes Interesse, nämlich das des Kapitals. Die Pflichten dagegen, die die „Republikaner“ besonders betonen wollen, gelten



Westberlin 1975 hatte eine solche CSU-nahe Gruppierung immerhin 3 Prozent der Stimmen erzielt. Bereits im Dezember 1976 wurde jedoch der Kreuther Beschluß wieder aufgehoben und das Projekt „vierte Partei“ vorläufig offiziell beerdigt. Als Zugeständnis hatte die CDU dem ultrareaktionären Flügel unter Strauß erheblichen Einfluß auf ihre Politik einräumen müssen, was sich einige Jahre später in der Aufstellung von Strauß zum Kanzlerkandidaten der Union niederschlug. Wie ernsthaft der CSU-Chef das Projekt „vierte Partei“ damals betrieb und inwieweit es nur ein Mittel zur Erpressung der CDU war, läßt sich allerdings nur schwer beurteilen.

„Achtzigprozentige NPD-Formation“

Die verschiedenen Aspekte jedoch, die zu den Überlegungen hinsichtlich dieses Projektes geführt haben, kann man heute leicht bei den „Republikanern“ ausmachen. Auch hier geht es zunächst um eine Sammlung reaktionär/faschistischer Elemente. Handlos und Voigt kommen vom rechten Rand der CSU. Sie waren nacheinander Vorsitzende des Wehrpolitischen Arbeitskreises (WPA) dieser

Von Handlos selbst sind seit längerem enge Kontakte zur NPD und zur Neonazi-Szene bekannt. Er ist unter anderem Mitglied der „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit“, einer Schaltstelle für Beziehungen zwischen der Union und den faschistischen Banden. Der Geschäftsführer dieser Gesellschaft, Karl Friedrich Grau, hatte bereits 1973 mit der NPD über eine Unterstützung der hessischen CDU im Wahlkampf verhandelt. Als diese Angelegenheit an die Öffentlichkeit drang, wurde Grau aus der CDU ausgeschlossen (später allerdings in die CSU aufgenommen), eine Reihe von CDU-Politikern hielt es für ratsam, sich öffentlich von der Studiengesellschaft zu distanzieren. Handlos dagegen ließ sich demonstrativ vom Vizepräsidenten der Gesellschaft wählen. 1980 ist dieser Verein ein weiteres Mal in die Schlagzeilen geraten, als bekannt wurde, daß er gefälschte Wahlaufkleber der Jusos und der Volksfront verbreitet hatte. Den Vertrieb dieser Kleber organisierte unter anderem der bekannte Frankfurter Neonazi Dittel.

Der dritte Mann im Führungstrio der „Republikaner“ neben Handlos und Voigt ist Franz Schönhuber, der ehemalige Vize-Chefredakteur des Bayrischen Fernsehens. Schönhuber wurde bundesweit bekannt durch seine Memoiren

Spitze der neuen Partei somit eine Figur postiert, die über Integrationsfähigkeit im Lager der offenen Faschisten verfügt.

Berührungspunkte mit dem NSDAP-Programm

Mit ihrem auf dem Parteitag am 26. November verabschiedeten





für die Werktätigen. Um hier schon frühzeitig das rechte Pflichtbewußtsein zu erzeugen, sollen die Erziehungssysteme ganz in den Dienst einer „staatspolitischen Bildung“ gestellt werden; sie sollen nicht Wissen vermitteln, sondern ihr Ziel soll es sein, „der jungen Generation die Grundwerte unseres demokratischen Staates aufzuzeigen und herauszustellen, daß es zu dieser demokratischen Staatsform keine Alternative gibt.“

Weil aber allein mit solchen Methoden dem von allen reaktionären Kräften beklagten „Anspruchsdenken“ insbesondere bei der Jugend kaum beizukommen ist, werden auch gleich handfeste Zwangsmaßnahmen gefordert. Alle Jugendlichen sollen in eine „allgemeine mindestens einjährige Dienstpflicht“ gepreßt werden, die in sogenannten Jugendkorps abzuleisten wäre — sozusagen als Einstieg in den schon einmal für das Kapital so überaus bewährten Arbeitsdienst. Gerade diese Angelegenheit liegt den „Republikanern“ ganz offensichtlich besonders am Herzen. An anderer Stelle ihres Programms fordern sie nämlich darüber hinaus auch noch die zwangsweise „Heranziehung von Arbeitslosen zu öffentlichen Arbeiten“ — eine Maßnahme, mit der sich Teile der industriellen Reservearmee in billige Arbeitssoldaten verwandeln ließen und ein treffliches Mittel, um nicht nur die Arbeitslosen völlig rechtslos zu machen, sondern auch das Tarifvertragssystem auszuhelben und einen ungeheuren Druck auf das Lohnniveau der Arbeiterklasse auszuüben.

Aggressive „Deutschlandpolitik“

Handlos und seine Kumpane haben sich erklärtermaßen vor allem wegen der Straußschen Manöver mit dem Milliardenkredit für die DDR von der CSU abgespalten. Handlos: „Strauß hat den Bogen überspannt, und zwar mit dem Milliardenkredit. Er hat das Parteiprogramm verraten, 13 Jahre lang haben wir das Gegenteil gesagt. Über Nacht sollen nun alle das Gegenteil vom Gegenteil sagen.“ Auf solche taktischen Winkelzüge, mit denen Strauß nicht zuletzt seine Flexibilität und seine Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen wollte, brauchen die ehemaligen CSU-Leute nun keine Rücksichten mehr zu nehmen. Als „Republikaner“ können sie nun ungehemmt eine besonders aggressive „Deutschlandpolitik“ entfalten.

Dabei unterscheiden sie sich in ihren Grundpositionen —

dem Anspruch auf die Wiederherstellung des Großdeutschen Reiches — nicht von entsprechenden Positionen der Unionsparteien. Die „Republikaner“ wollen allerdings diesen Anspruch zum wesentlichen Inhalt der gesamten Außenpolitik des BRD-Imperialismus machen. So soll etwa die Sowjetunion beständig damit erpreßt werden, daß es für sie nur dann Frieden geben könne, wenn die „deutsche Frage“ gelöst sei.

Die westlichen Verbündeten der BRD sollen darauf verpflichtet werden, aktiv für die Herstellung eines großdeutschen Staates einzutreten, der „eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt“. Für die Einverleibung der DDR haben die Republikaner einen Stufenplan entwickelt, der vor der endgültigen „Wiedervereinigung“ die Bildung eines sogenannten Deutschen Bundes aus beiden Staaten und die Schaffung „unabhängiger Parteien“ in der DDR vorsieht. Daneben wird auch das „Recht auf Heimat“ ausdrücklich betont, wofür sich Gebietsansprüche auf Schlesien, Ostpreußen usw., aber beispielsweise auch auf das Sudetenland verbergen.

Neben der „deutschen Frage“ steht in der Außenpolitik der Republikaner die Einigung Europas obenan. Auch hier wird auf eine besonders aggressive Kurs orientiert. Gefordert wird beispielsweise die Einführung von Mehrheitsvoten in der EG, um die Verschmelzung der Gemeinschaft zu einem einheitlichen Bundesstaat unter dem Kommando der BRD-Monopole rasch voranzubringen. Bezeichnenderweise wärmen die Republikaner in der Europa-Politik die alten (und in den sechziger Jahren am Widerstand der anderen imperialistischen Mächte gescheiterten) Konzepte des F. J. Strauß wieder auf, so wenn sie die Schaffung eines „westeuropäischen Verteidigungssystems“ fordern, die allerdings die notwendige Voraussetzung für eine vollständige Hegemonie des BRD-Imperialismus in Westeuropa wäre.

Der „friedliche“ Charakter all dieser Bestrebungen wird stets herausgestellt. Wobei die „Republikaner“ natürlich sehr gut wissen, daß es zur Durchsetzung dieser Interessen handfester militärischer Macht bedarf und zur Entfaltung dieser Macht auch Sorge tragen wollen. Sie wollen einen Kurs der umfassenden Militarisierung durchsetzen. Dazu soll beispielsweise das eigentliche Militärpotential des BRD-Imperialismus mit einem ausgeweiteten System der sogenannten Zivilverteidigung zu einem einheitlichen Komplex zusammengefaßt werden. Ein weiterer wichtiger Bestandteil dieses Komplexes wäre die „geistige Landesverteidigung“. Unter diesem Stichwort ist ein Programm der totalen ideologischen Mobilisierung für den Krieg vorgesehen, um „unsere Mitbürger zu aktiver Mitarbeit in der Bewältigung möglicher Krisenfälle zu bewegen“.

Die „Republikaner“ legen größten Wert darauf, die gesamte Bevölkerung in ein solches Programm des ungehemmten Militarismus einzubeziehen, wobei sich die Mobilisierung selbstverständlich auch gegen den inneren Feind richten soll. „Die Verteidigung ist Sache des ganzen Volkes. Es ist Pflicht aller Bürger, ideologische Einflüsse, Zersetzung und subversive Aktionen abzuwehren.“ Jeder einzelne Bürger der BRD soll sich nach den Vorstellungen der „Republikaner“ nicht nur dem angeblich übergeordneten Staatsinteresse unterordnen — er wird auch ausdrücklich darauf verpflichtet, beispielsweise gegen gewerkschaftliche Kämpfe, demokratische Forderungen oder Aktio-

nen der Friedensbewegung aktiv vorzugehen. Und damit sich dieses Programm der totalen Mobilisierung gegen den äußeren und inneren Feind auch auf der rechten Grundlage entfalten kann, fordern die „Republikaner“ nach „Jahrzehnten der Bedrückung des Zweiten Weltkriegs ein Ende der juristischen Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik“ und stellen sich „gegen eine zweite Entnazifizierung in Deutschland“. Es schwebt ihnen wohl eher eine Renazifizierung vor.

Mehr Spielraum für die Reaktion

Inwieweit den „Republikanern“ auf der Grundlage dieses Programms eine Anhangsbildung in größerem Umfang gelingen

kann, muß sich noch erweisen. Die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern, zu denen sie antreten wollen, werden dafür der erste Testfall sein. Gegenwärtig spekuliert die neue Partei vor allem auf einen gewissen Zerfallsprozeß innerhalb der CSU, der sich etwa in der breiten Kritik am Milliardenkredit oder in der Tatsache ausdrückt, daß Strauß beim letzten Parteitag der CSU nur 662 von 1100 Delegiertenstimmen für sich gewinnen konnte. Darüber hinaus soll — wie oben dargestellt — auch ein möglichst breites Protestpotential vor allem unter den Mittelschichten für eine ultra-reaktionäre Politik eingefangen werden. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß die „Republikaner“ einen großen Teil ihres Programms dem Umweltschutz widmen und hier nicht nur gegen den Mord an deutschen Singvögeln in Italien agitieren, sondern auch reihenweise richtige Forderungen von Umweltschutzorganisationen übernehmen.

Wenn eingangs auf die Zurückhaltung der Unionsparteien gegenüber der Gruppierung von Handlos, Schönhuber und Co. hingewiesen wurde, dann soll damit nicht behauptet werden, es handle sich bei der neuen Parteigründung um ein abgekartetes Spiel in den Reihen der Union — zumal ja die „Republikaner“ durchaus auch als Konkurrenten vor allem der CSU auftreten. Es sollte nur darauf hingewiesen werden, daß diese Parteigründung durchaus ihren Platz in den Strategien der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals hat. Denn die „Republikaner“ — sollten sie Erfolg haben — könnten das berühmte Parteienspektrum weiter nach rechts verschieben.

Sie sind in der Lage, aufgrund ihrer Demagogie als außerparlamentarische, gegen die „etablierten Parteien“ agierende Kraft und gleichzeitig selbst als Parlamentspartei auf-



zutreten (was sie ja heute mit ihren beiden Abgeordneten im Bundestag auch schon sind.) Das würde den Unionsparteien, selbst der CSU, mehr Spielraum verschaffen, um sich selbst als Parteien der Mitte zu profilieren und so neue Wählerschichten anzuziehen. Bei der anhaltenden Existenzkrise der FDP stehen die Parteien der Reaktion ja vor dem schwierigen Problem, wie sie mehrheitsfähig bleiben und beispielsweise das Übergreifen „hessischer Verhältnisse“ auf den Bund verhindern wollen. Zudem könnten die „Republikaner“ — ihren parlamentarischen Erfolg vorausgesetzt — auch unter dem Vorwand des Erhalts der Regierungsfähigkeit zum Koalitionspartner der Unionsparteien und somit zu einem Vehikel gemacht werden, mit dem sich die Faschisierung und Militarisierung weiter vorantreiben ließe.



Volkskorrespondenz aus Hamburg Diese Regierung ist ein Feind der Behinderten

Als im April 1974 und im Juli 1979 das neue Schwerbehindertenrecht Gesetz wurde, ahnte noch keiner, daß dieses Recht nicht viel mehr als ein Stück Papier bleiben sollte.

So wurde dann von den Unternehmern die im Gesetz verankerte Beschäftigungspflicht und der Kündigungsschutz trickreich umgangen.

Die Möglichkeit, sich von der Beschäftigung von Behinderten freizukaufen, nutzten die Unternehmer unter Anwendung der Ausgleichsabgabe. In der Realität blieb es somit für die Behinderten beim alten. Die Eingliederung in die Gesellschaft war nichts weiter als eine leere Versprechung der sozial-liberalen Koalition.

Zu Hilfe bei diesem Dilemma kam noch die Spaltung innerhalb der Behinderten-Organisationen, die in einer Unmenge von Initiativen, Gruppen, Verbänden und Interessengruppen aufgeteilt sind. Für jede Art von Behinderung gibt es einen Verein oder einen Verband, wodurch die effektive Schlagkraft der Behinderten gegenüber dem Gesetzgeber und den Organisationen der Arbeitgeberverbände gleich null ist.

Diese Schwäche nutzte nun im Oktober 1982 die schwarze Koalition entschieden für ihre Zwecke aus.

So haben inzwischen Kürzungen von Mitteln für die Rehabilitation stattgefunden, durch die eine Nutzung von Einrichtungen für die Mehrzahl der Behinderten in Zukunft unmöglich sein wird.

Die Streichung der Befreiung von der Kfz-Steuer, die schon fester Bestandteil der Regierungsplanung ist, zeigt wie wenig die Behinderten von dieser christlichen Union zu erwarten haben. Hinzu kommt die Einschränkung, die von FDP und CDU/CSU hinsichtlich der unentgeltlichen Beförderung von Schwerbehinderten im öffentlichen Personenverkehr geplant sind. Hier heißt es:

Einschränkung des begünstigten Personenkreises durch **Herausnahme** derjenigen Schwerbehinderten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 80 Prozent und mehr, die in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr nicht erheblich beeinträchtigt sind. (...) (Als sei eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 80 und mehr Prozent nicht schon ohnehin eine erhebliche Beeinträchtigung.)

Weiter heißt es im Entwurf:

Einführung einer Eigenbeteiligung von 120,— DM jährlich für Behinderte mit erheblicher Gehbehinderung. Diese Maßnahmen waren schon seit Jahren von der Union und FDP vorbereitet worden.

Leserbriefaktionen, die sich meist mit übelster Hetze im Negativen mit der Freifahrt von Behinderten befaßten, waren schon Anfang 1981 an der Tagesordnung. Auf dieser Negativstimmung, die durch diese gezielten Aktionen in der Bevölkerung entstanden waren, bauten Union und FDP ihre Agitation gegen die Schwerbehinderten auf. Besonders hervor trat hierbei der „Christ“-Demokrat Blüm. Seine Argumente von den Behinderten, die in Wirklichkeit gar nicht behindert seien, haben in der breiten Schicht der Bevölkerung ihre Wirkung bedauerlicherweise nicht verfehlt.

Darüber hinaus bringt die Neufassung der Rentenversicherungsbeiträge für Behinderte, die in anerkannten Werkstätten oder Heimen beschäftigt sind, wesentliche Nachteile.

Hier wird die Mindestberechnungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge von bisher 90 Prozent auf 70 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes aller Versicherten gesenkt. Durch diese Maßnahme erhofft sich die Vertretung der Bourgeoisie weitere Einsparungen im Haushalt.

Die hier aufgezeigten Punkte sind nur einige aus dem großen Sparprogramm der arbeit- und behindertenfeindlichen Koalition. Durch sie wird der Status der Behinderten in die Zeit vor der Jahrhundertwende zurückversetzt.

Hier beginnt die große Aufgabe und Verpflichtung für unsere Partei, die Behinderten in den ökonomischen und politischen Kampf einzubeziehen.

Ein Fehler der 60er und 70er Jahre war, daß die Anliegen der Behinderten im Klassenkampf keinen Raum fanden, in dem sie die Möglichkeit gehabt hätten, um ihre berechtigten Belange zu kämpfen. Das müssen wir Kommunisten uns selbstkritisch vorwerfen.

Heute müssen wir, entsprechend der Notwendigkeit, die sich durch die verschärfte Situation im Klassenkampf ergibt, die Behinderten voll in den Kampf gegen den Klassenfeind einbeziehen.

Eine Aufgabe, die von den Genossinnen und Genossen in Angriff genommen werden sollte.

Präsidentschaftswahlen in Ekuador

MPD jetzt viertstärkste Partei

Die Wahlen für einen neuen Präsidenten in Ekuador hatten, der bürgerlichen Presse zufolge, ihre große Überraschung in dem Stimmresultat von Jaime Hurtado Gonzalez, der für die Volksfrontorganisation MPD (Demokratische Volksbewegung)

kandidierte und 7,4 Prozent der Stimmen erhielt. Damit war der MPD-Kandidat vierter unter den neun Bewerbern des ersten Wahlgangs.

In der Stichwahl zwischen den beiden erstplatzierten Kandidaten des ersten Wahlgangs ruft die MPD nun zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten gegen den Kandidaten der Rechtskoalition auf.

Im Wahlaufzug von „En Marcha“ dem Zentralorgan der PCMLE (Kommunistische Partei Ekuadors/ML), die die Kandidatur der MPD erneut entscheidend stützte, hieß es vor der Wahl:

„Wählt MPD, um die Reaktion zu schlagen!“

„Vor unserem Volk steht eine große politische Aufgabe: den Kandidaten der Reaktion am 29. Januar eine Niederlage zu erteilen und so eine neue politische Situation zu schaffen, in der das Volk, das erneut seinem Wunsch nach einer Wende Aus-



Zum Auftakt einer Kampagne im Januar:

Hunderttausende demonstrierten für die Direktwahl des brasilianischen Präsidenten

Seit den letzten — und ersten seit langer Zeit — Parlamentswahlen sind die herrschenden Militärs in Brasilien endgültig in eine Verteidigungsstellung gegen die Volksbewegung für Demokratie geraten. Die großen Wahlerfolge der PMDB in jener Wahl konnten nur durch offene Wahlbeschränkungen (mit deutlich mehr Stimmen deutlich weniger Abgeordnete) eingedämmt und für die Zukunft, eben die neue Präsidentenwahl 85 durch die Einführung eines Wahlmännerkollegs verhindert werden.

Seitdem findet im ganzen Land von Seiten der demokratischen Kräfte eine Kampagne für die Änderung dieses Passus im Wahlgesetz statt mit dem Ziel, Direktwahlen durchzuführen. Wobei alle Seiten wissen, daß dies faktisch nicht nur gleichbedeutend mit der Abdankung der Generale sein würde, sondern auch die Aufhebung des immer noch gewissermaßen halblegalen Status der KP Brasiliens und anderer Parteien wäre.

Nach großen organisatorischen Vorbereitungen fand nun im Januar der offizielle Auftakt zu einer landesweiten Großkampagne für die Direktwahl statt. An der Spitze dieser Bewegung steht die „Volksströmung“ innerhalb der größten Oppositionspartei PMDB, die in erster Linie aus Kommunisten und konsequenten Antimperialisten gebildet wird.

In den Hauptstädten von sieben Bundesstaaten fanden von Mitte bis Ende Januar Großkundgebungen statt, deren größte wie stets in Sao Paulo war — an ihr beteiligten sich bis zu 400 000 Menschen. Aber

auch in Curitiba, der Hauptstadt des Bundesstaates Parana fand mit über 60 000 Menschen die größte Kundgebung der Geschichte statt.

Diese Kampagne wird im Februar noch massiver fortgesetzt, auch in der Provinz, wo bereits im Januar im Städtchen Olinda mehr als 20 000 Menschen versammelt waren.

In Goiania, der Hauptstadt des Bundesstaates Goias (auf dessen Gebiet auch der — eigenständige — Distrikt der Hauptstadt Brasilia liegt) fand eine Großversammlung zur Gründung eines Komitees für Direktwahlen statt, an der mehrere Parlamentsabgeordnete und ein Sprecher der KP Brasiliens teilnahmen.

Der Vertreter der KPB erhob dort, unter dem Beifall der Anwesenden, erneut die Forderung nach politischer Freiheit, was auch Freiheit für die KP Brasiliens bedeuten müsse. An diesem Abend traten über 1 000 Personen dem örtlichen Komitee bei.



druck geben wird, seine Kraft demonstriert. Dabei ist die Stimmabgabe für die MPD von besonderem Wert.“

So groß, wie die Bourgeoisie zu tun versucht, war denn auch die Überraschung in der Tat nicht. Nicht nur, daß ja die MPD auch im Parlament vertreten ist, sondern auch die letzten Wahlergebnisse und vor allem die Entwicklung des Klassenkampfes selbst zeigten eindeutig eine Entwicklung nach links. Seit die reaktionäre Legende vom Ölboom, der auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit den Multis das Land zu Wohlstand führen sollte, endgültig geplatzt ist, zeigt sich eine solche Entwicklung immer stärker. Die zunehmende Entlarvung der christdemokratischen Minister als einer Bande nicht nur von Reaktionären, sondern auch von Abenteurern und Banditen, hat diesen Prozeß verstärkt.

So waren denn auch auf den Wahlversammlungen der MPD, die heute schon 80 000 Mitglieder zählt, ein Mehrfaches davon versammelt, die der revolutionären, demokratisch-antimperialistischen Alternative ihre Aufmerksamkeit und ihr Interesse gaben.

Wenige Tage vor der Wahl, am 19. Januar, hatten die Kommunisten und Antimperialisten mit allen Kräften den Kampftag der Gewerkschaft UGTE für einen Mindestlohn von 10 000 cruzeiros und gegen die 60-Stunden-Woche entschieden unterstützt, was mit zum Ergebnis der Wahl beigetragen hat.

Soares-Regierung will IWF-Forderungen erfüllen

Tausende sollen auf Portugals Werften entlassen werden

Der Internationale Währungsfonds hat der Regierung Soares/Mota Pinto (Sozialistische Partei/ Sozialdemokratische Partei) harte Auflagen gemacht: Wie in allen anderen Ländern auch, die in den Fängen des IWF sind, sollen es die Arbeiter sein, die die Rechnung für die geforderte „Umstrukturierung“ der Wirtschaft bezahlen sollen.

gegen das IWF-Abkommen dieser angeblich sozialistischen Regierung ausgesprochen. Die Argumentation dieser Partei aber fällt weit hinter dies zurück, bemüht sie sich doch krampfhaft, die Kritik an der Regierung nicht zu weit gehen zu lassen. So lautet der Hauptvorwurf, die Regierung habe dieses Abkommen mit dem IWF in Unkenntnis der Lage bei Setenave geschlossen. Eine Argumentation, die an der Wirklichkeit scheitert, denn gerade der Plan für Setenave war schon längst vorher ausgearbeitet, von eben dieser Regierung.

Diese Tatsache verbreitet insbesondere die Kommunistische Partei (Wiederaufbau) Portugals, die mit aller Kraft zum Kampf gegen den Entlassungsplan aufruft, für die Rücknahme der IWF-Verträge kämpft. Eine Position, die honoriert wird: Bei den jüngsten Betriebsratswahlen konnte die revolutionäre Liste ihre Stimmzahl deutlich steigern.

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

MANNHEIM

Freitag, den 17. Februar, 19 Uhr
Gaststätte Rhein-Neckar-Station
Gemeinsame Veranstaltung von BWK und KPD
„Der Kampf für die 35-Stunden-Woche“

HAMBURG

Schulungswochenende der KJD Hamburg
„Die Friedensbewegung und ihre Perspektiven“
Anmeldung über Ernst-Thälmann-Buchhandlung,
Margarethenstraße 58, Hamburg 6

STUTTGART:

Neu! Treffpunkt KPD
Jeden letzten Freitag im Monat, 19.30 Uhr
„Bücherstube Ost“, Haußmannstraße 107, Stuttgart-Ost
Im Februar: Am 24.2., 35-Stunden-Woche (mit Berichten aus Betrieben und Gewerkschaften)

HERFORD

Diskussionsrunde der KPD Herford zum Thema
„Ausländerfeindlichkeit“
Gaststätte Spilker“, Bielefelder Straße 57,
Donnerstag, 23. Februar, 19.30 Uhr

DORTMUND:

Veranstaltung der KPD Dortmund:
„35 Stunden sind genug! Machen wir der Wende ein Ende“
Beiträge „Warum brauchen wir die 35 Stunden?“, „Streik und Aussperrung — welche Taktik siegt?“, „Rationalisierung, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit — wir brauchen Sozialismus“. (Es spricht Horst-Dieter Koch, Vorsitzender der KPD); „Ausländische Arbeiter und die 35 Stunden“ (in türkischer Sprache), „Frauen und die 35 Stunden“, Kabarett, Liederprogramm, Büchertische, Tombola
Zeit: Freitag, 9. März, 19.30 Uhr
Ort: Haus Göbbeln, Schützenstraße/Ecke Feldhermstraße

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Elne Broschüre der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten, Ontario, Kanada

Die Gefahren durch Bildschirmgeräte

Die Erfahrungen „über dem Teich“ sind größer, weil länger. Bildschirmarbeit ist auch hierzulande eine — neben anderen Aspekten — gesundheitliche Gefährdung, die auf die Belegschaften zukommt, bzw. sie bereits erreicht hat. Aus diesem Grund veröffentlichen wir in dieser und in einigen folgenden Nummern Auszüge aus dieser Broschüre der kanadischen Gewerkschaft, die auf langjährigen Untersuchungen gründet.

Die technologische Revolution durch die Mikroelektronik verändert mit der Einführung von Bildschirmgeräten die Büroumgebung radikal. Diese neuen arbeitssparenden Geräte bestehen aus einer fernseherähnlichen Kathodenstrahlröhre, verbunden mit einer Schreibmaschinentastatur. Sie sind an einen Computer angeschlossen. Bildschirmgeräte tauchen täglich in mehr Büros auf. Es sind ungefähr 250.000 in Kanada in Gebrauch; die meisten von ihnen werden von Frauen bedient. In den letzten fünf Jahren hat das Bildschirmgeschäft explosionsartig zugenommen. Mehr als 100 US-amerikanische Anbieter konkurrieren um den 4-Milliarden-Dollar-Markt Nordamerikas.

Bildschirmgeräte bieten den Unternehmern die Vorteile von Geschwindigkeit und Effizienz. Für die Beschäftigten besteht eine ernsthafte Gefährdung der Gesundheit. In den zehn Jahren, seit Bildschirmgeräte zuerst eingeführt wurden, haben sich Arbeiter rund um die Welt über Gesundheitsprobleme beschwert. Angesehene wissenschaftliche Studien aus Nordamerika, Europa und Japan zeigen, daß Bildschirmbediener alarmierende Symptome aufweisen. Diese reichen von körperlichen Beschwerden und Augenschmerzen bis zu möglichen Strahlenverletzungen. Arbeiter und ihre Gewerkschaften haben sich beschwert und die Schäden aufgezeigt.

Leider folgen sowohl die politischen Regelungsbehörden als auch die Industrie dem nun schon bekannten Muster, daß sie jedes Problem leugnen. Die Beschwerden der Arbeiter über Gefahren am Arbeitsplatz haben sich historisch immer als richtig erwiesen. Die ganze Geschichte der Berufskrankheiten zeigt, daß die Regierung beim Erkennen der Opfer von gefährlichen Stoffen (durch Tod und Krankheit) um Jahre hinter den Arbeitern zurückbleibt. Die Regierung brauchte fast 60 Jahre, um die Gesundheitsschäden durch Asbest zu erkennen, trotz 60 Jahren ständiger Beschwerden der Arbeiter und einer wachsenden Todesrate. Nun in den 80er Jahren beginnt die Geschichte sich zu wiederholen mit der neuen Gefahr des Bildschirmgeräts.

Müssen wir erst wieder auf eine wachsende Zahl von Opfern warten, um die Beschwerden der Arbeiter als richtig zu erweisen? Diese Broschüre ist ein Versuch, den historischen Teufelskreis zu

brechen. Sie versucht zu beschreiben und klarzustellen, in welcher Art und Weise das Bildschirmgerät die Gesundheit des Arbeiters gefährden kann. Sie zeigt Wege auf, die die Arbeiter selbst beschreiten können, um sich vor dieser neuen Gefährdung zu schützen. Wir brauchen Schutzgesetzgebung, wir brauchen Vertragsrechte, und wir müssen selbst unsere Arbeitsplätze wachsam beobachten.

Teil 1 Strahlungsgefahren Kapitel 1 Das neue Strahlenproblem

Bildschirmgeräte, diese eleganten computerisierten Fernsehgeräte, die überall zu sein scheinen — von Redaktionen bis zu den Reservierungsschaltern der Fluggesellschaften — können eine ernsthafte Strahlengefahr für diejenigen darstellen, die sie bedienen.

Der erste Hinweis auf Probleme tauchte 1977 auf, als zwei Redakteure der „New York Times“ strahlenbedingt den Grauen Star bekamen, nachdem sie für ungefähr ein Jahr an Bildschirmgeräten gearbeitet hatten. Dieser ursprünglichen Gruppe folgten andere Fälle strahlenbedingten Grauen Stars unter anderen Redakteuren, Büroangestellten, Fluglotsen und Programmierern. Kürzlich, 1981, bekamen ein Büroangestellter der Regierung von Ontario und ein Schriftsetzer in British Columbia den Grauen Star, nachdem sie Bildschirmgeräte benutzt hatten.

In allen Fällen waren die Personen zu jung, um den üblichen Grauen Star zu bekommen, und keiner hatte irgendwelche medizinischen Vorbedingungen, die das Auftreten hätten erklären können. Jedoch hatten alle eine Art von Grauem Star, die mit der Strahlungswirkung verbunden ist. In seiner Untersuchung des ersten Falles bestätigte z.B. das US-Nationalinstitut für Arbeitssicherheit und Gesundheit, daß dieser Graue Star strahlungsbedingt war, aber man wollte ihn nicht mit der Strahlung von Bildschirmgeräten in Verbindung bringen. In Kanada verschärfte sich die Bedeutung dieses potentiellen Problems dramatisch, als hier Bildschirmbedienerinnen in der Anzeigenabteilung des „Toronto Star“ Kinder mit Geburts-

schäden zur Welt brachten. Drei andere Frauen, die in der selben Abteilung arbeiteten, aber keine Bildschirme bedienten, brachten normale Kinder zur Welt. Solche statistischen Häufungen sind selten. Seither kamen sowohl in Kanada wie in den Vereinigten Staaten andere Fälle ans Licht, in denen Gruppen von Bildschirmbedienerinnen Fehlgeburten hatten.

Inzwischen haben die offiziellen Behörden in beiden Ländern jeglichen Zusammenhang zwischen der Strahlung von Bildschirmgeräten und diesen Gesundheitsproblemen verneint. Für die Gewerkschaften ist es jedoch schwierig, diese Schlußfolgerungen für glaubhaft zu halten und die Umstände der Gesundheitsschäden zu ignorieren. Nach unserer Ansicht gibt es zu viele unbeantwortete Fragen und zu wenig ernst-

Reiche Kunden ärgert man nicht

Um die neuen allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken gab es große Aufregung. Die ebenso schnell vorüber war, wie sie begonnen hatte, weil die Banken — erst einmal — einen Rückzieher machten. Der im folgenden abgedruckte Brief der Dortmunder Volksbank (und einen ähnlichen haben ja wohl sehr viele bekommen) zeigt auch ziemlich deutlich, warum.

Denn: Neben verschiedenen plumpen Ausfällen gegen die Presse, mit denen man wohl getreu Bonner Gepflogenheiten wieder einmal auf jene die Schuld abwälzen will, die die Schweinerei aufdeckten und neben beruhigenden Formulierungen zur Bankauskunft wird ja wohl vor allem auf einen Punkt besonders Wert gelegt.

„... oder gar, wie teilweise befürchtet, an die Finanzverwaltung ...“

Das ist der Clou vom Ganzen. Hätte dies doch eben auch als ein Schritt ausgelegt werden können, der dem Finanzamt Gelegenheit gibt, auch größeren Konten auf die Schliche zu kommen. Und deshalb auch Aufregung in „wichtigen Kreisen“. Bei Lohnsteuerzahlern nicht so ohne weiteres — über deren Kreditfähigkeit wird ohnehin alles gesammelt und verdattet, ihre Steuer ist schon längst bezahlt, sie bekommen anschließend, wenn lange genug damit gearbeitet werden konnte, ein bißchen was wieder.

Nein, zur Beruhigung der Bevölkerung war dieser Rückzug nicht gedacht, sondern zur Beruhigung eben der reichen Kunden, die die Steuer fürchten.

Änderung unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken, die

hafte wissenschaftliche Forschung, auf die man diese offiziellen Schlußfolgerungen stützen könnte. Genau wieviel Strahlung zuviel ist, bleibt unbeantwortet. Bis heute kennt man keine sichere Strahlungsmenge. Die ganze Geschichte der Gesundheitsgefahren durch Strahlung ist voller Überraschungen. Während es seit langem anerkannt wird, daß Röntgenstrahlen gefährlich sind, zeigen neue Erkenntnisse, daß andere Formen der Strahlen z.B. Mikrowellen und Radiofrequenzen ganz genauso schädlich sind.

Am 10. Juni 1974 starb Samuel Yannon, ein Angestellter der New York Telephone Company, an etwas, was die Ärzte als Mikrowellenkrankheit beschreiben, nachdem er 15 Jahre lang mit der Feinabstimmung von Fernsehübertragungssignalen im 87. Stock des Empire-State-Building beschäftigt war. Anfang 1981 entschied die Entschädigungsstelle für Arbeiter des Staates New York, daß Yannon daran starb, daß er chronisch elektromagnetischer Strahlung auf einem Niveau ausgesetzt war, das unter dem lag, was in Kanada und in den

Vereinigten Staaten als sicher angesehen wird. An einem Bildschirmgerät arbeiten, ist genauso, als wenn man das Gesicht mehrere Stunden am Tag ungefähr 45 cm vor den Fernsehschirm hält und das fünf Tage die Woche. Das Bildschirmgerät gibt Strahlung in einer Menge ab, die in den

gegenwärtigen Regierungsrichtlinien als sicher angesehen wird. Aber wie sicher sind diese Regierungsstandards? Entsprechend den gegenwärtigen Regierungsrichtlinien arbeitete Samuel Yannon sogar weit unterhalb der zulässigen Strahlungsgrenze. Es war nicht vorgesehen, daß er sterben sollte!

Rückleuchte

Ein Tor für 30 Millionen

Ein Ereignis in Sarajevo erschüttert die Lage. Nicht etwa 1914 ein Attentat. Sondern drei Tore 1984. Drei Tore für die CSSR im Eishockeyspiel gegen die USA, Endergebnis 4:1.

Diese Niederlage der US-Mannschaft, die sich eher für die Olympiade im Raufen als im Eishockey qualifiziert zeigte, erschütterte nun nicht etwa die USA, sondern die ABC. ABC — nicht, daß es den US-Fanatikern auf den Rängen (denen in ihrer Wut über die noch schmeichelhaft ausgefallene Niederlage nichts Besseres einfiel als chauvinistische Sprechchöre anzustimmen) die Sprache verschlagen hätte, was für ihr Ansehen besser gewesen wäre. Nein, der Fernsehriese ABC ist der große Verlierer dieses Spiels.

Werbeverträge en masse für Olympia, wohin ABC eine Mannschaft von 1200 Leuten entsandt hat, waren abgeschlossen. Nach dem frühzeitigen Ausscheiden der US-Mannschaft aus dem Kampf um die Medaillen wird es ein Verlustgeschäft für die werbenden Firmen, denn außer Eishockey interessiert die Zuschauer in den USA erfahrungsgemäß an der Winterolympiade nicht viel.

Anschließend werden die neuen Verträge für den Rest des Jahres gemacht. Und hier kalkulieren die Bosse von ABC einen Einnahmeverlust von 100 Millionen Dollar ein. Macht pro Tor runde 30 Millionen — die teuersten CSSR-Tore seit den Treffern eines Nedomansky beim Sieg über die UdSSR Anfang 69.

Das eben ist das Risiko. Die größten Verlierer bei modernen Olympischen Spielen — so sie nicht aus Gründen der Stimmungsmache boykottiert werden — sind nicht die Zweit- oder gar die oft genannten Viertplatzierten, sondern die Werbemanager einer riesigen Fernsehgesellschaft.

Es lebe die kapitalistische Inkonsistenz. Da darf ein Stenmark nicht mitmachen, was den Wert jedes Sieges drastisch reduziert. Weil er Berufssportler sei — was zutrifft, aber bestimmt nicht auf ihn allein. Aber die Organisation einer ganzen Olympiade, nicht nur der im Sommer in Los Angeles sondern auch jetzt in Sarajevo wird in die Hände der Werbewirtschaft gelegt.

Da kann man sich nur doppelt über Außenseitersiege freuen. Nicht etwa, daß der CSSR-Sieg eine Überraschung gewesen wäre — höchstens für den Fanatismus von „Gottes eigenem Land“.

Das Wort der Woche



Wir haben Euch alles gekürzt - das Kindergeld, das Wohngeld, das Mutterschaftsgeld, das Arbeitslosengeld, die Renten ... und jetzt auch noch die Arbeitszeit ??

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzloff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.